



Politische Berichte

Nummer 20 / 14. Jahrgang

23. September 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Protest in Berlin, Hungerstreik ausgesetzt, Antrag gegen Waigel

Bischofferoder bleiben fest

Mit einer Kundgebung von mehreren Tausend Personen endete am letzten Samstag der Marsch von Bischofferoder Kalikumpeln vor die Treuhand-Zentrale in Berlin (siehe auch Seite 8). Unmittelbar danach setzten die Hungerstreikenden in Bischofferode ihren Hungerstreik fort. Derstellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann erläuterte den *Politischen Berichten* in einem Telefonat am 21.9.: Man wolle nicht den Eindruck erwecken, als wolle man auch die Brüsseler Kartellbehörden, die die Stellungspläne von Treuhand und BASF prüfen, unter Druck setzen. Auch könne man den Hungerstreik nicht unbedingt fortsetzen. Sei drei Wochen wieder voll gearbeitet. Wenn der Hungerstreik weiter mit Personen aus der Belegschaft durchgehalten werde, müßten diese ihren nächsten Jahresurlaub angreifen.

Deshalb ist die Aktion vorläufig ausgesetzt. Der Widerstand aber geht weiter. Am vergangenen Freitag erfuhr der Betriebsrat, daß der Grubenbetriebsführer Henkel, der den Hungerstreik unterstützt hatte, entlassen werden solle. Obwohl der Betriebsrat sofort widersprach, erhielt Henkel am Montag einen Brief der Firmenleitung, er sei beurlaubt und dürfe das Werk nicht mehr betreten. Die Belegschaft beschloß, am nächsten Tag zum Firmensitz zu fahren und dort gegen den Entlassungsversuch zu protestieren. Am Dienstag machten sich über 100 Beschäftigte mit ca. 100 PKWs auf Fahrt und protestierten vor dem Firmensitz. Nach einstündigen Verhandlungen mit der Firmenleitung erreichte der Betriebsrat eine Rücknahme des Hausverbots, nach einem weiteren Gespräch mit dem Grubenbetriebsführer wurde die gesamte Maßnahme zurückgenommen.

Währenddessen gehen die Versuche, die Rücknahme des Schließungsplanes zu erreichen, weiter. Am Donnerstag dieser Woche nimmt eine Delegation aus Bischofferode an einer Bundestagssitzung teil, auf der die PDS/LL einen Antrag auf Rücknahme der Unterschrift Waigels unter den Schließungsbeschuß von Treuhand und BASF stellen will. Für den Freitag sucht der Betriebsrat ein weiteres Gespräch mit der Treuhand — diesmal im Berliner Reichstagsgebäude. Ob die Treuhand-Vertreter kommen werden, ist noch offen. Danach will eine Delegation der Bischofferoder nach Berg-Kamen fahren: Solidaritätsaktion für die Kohlekumpel gegen die Entlassungspläne der Ruhrkohle. — (rül)



Bild: af/mz

PDS-Thüringen: Es ist „5 vor 12“

Seine Regierungserklärung atmet einen Geist, der vielen ehemaligen Bürgern der DDR sehr bekannt vorkäme, schätzte Gabi Zimmer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion LL/PDS im Thüringer Landtag, die Rede von Ministerpräsident Vogel am Mittwoch, dem 15. September, vor dem Landtag ein. Auf den Punkt gebracht zog sie einen Vergleich mit Erich Honecker (E.H.) in seiner allerletzten Beratung mit den 1. Kreissekretären: „Wir haben keinen Grund, das Wort ‚Erfolg‘ aus unserem Sprachschatz zu streichen.“ Angesichts der Proteste von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften vieler stark bedrohter Thüringer Betriebe forderte Gabi Zimmer Vogel auf, „nehmen Sie die Proteste ernst, auch für Sie ist es wie damals ‚5 vor 12‘!“

Daß diese Behauptung leider traurige Wahrheit ist, gehört zur Geschichte dieser Sondersitzung des Thüringer Landtags. Ausgehend von Bischofferode hatte sich Ende Juli ein Aktionsbündnis Thüringer Betriebsräte gegen den weiteren Arbeitsplatzabbau gebildet, dem Gabi Zimmer auf einem Aktionstag am 28. Juli in Zella-Mehlis verpflichtet. Stattdessen stimmte er den Bonner Horrorsparplänen voll zu. Und diese bringen ja gerade

tion LL/PDS wurde abgelehnt. Ebenfalls die kurz darauf von 13 Abgeordneten der LL/PDS und Bündnis 90/Grüne gleichlautende Forderung, wobei die SPD-Abgeordneten ihre Unterschrift verweigerten. Aber im August wurde immer deutlicher: „Thüringen brennt!“ Nunmehr sah sich West-Import Vogel durch den parlamentarischen, vor allem aber durch den außerparlamentarischen Druck von Betriebsräten und Gewerkschaften gezwungen, die Flucht nach vorn anzutreten und selbst eine Sonderlösung zu beantragen.

Wohl entscheidend für den gewagten Vergleich zwischen Vogel und E.H. sowie zwischen der Situation der DDR 1989 und Thüringen 1993 ist Vogels Einstellung zur sozialen Situation.

Um 28000, das sind 40 %, hat sich im Vorjahr die Zahl der Sozialhilfempfänger gegenüber 1991 in Thüringen erhöht: Das sind über 97000 Personen. Über die Hälfte davon sind Frauen und Mädchen, wobei darunter über 7000 Alleinerziehende mit über 12000 Kindern sind. Diese Wahrheit nahm Vogel in seiner Regierungserklärung nicht einmal ansatzweise zur Kenntnis. Stattdessen stimmte er den Bonner Horrorsparplänen voll zu. Und diese bringen ja gerade

bei den Ärmsten ab 1.1.94 Streichungen von 3 bzw. 4 %. Gabi Zimmer machte deutlich, daß sich die Tendenz der Verarmung in diesem Jahr und 1994 in Thüringen weiter fortsetzen wird. Gleichzeitig besteht — so der Landtagsabgeordnete Michael Gerstenberger — zwischen Arbeitsplatzvernichtung und Neuenschaffung bzw. Erhaltung eine gewaltige und nicht überbrückbare Distanz.

Vogel hingegen hantiert in seiner Erklärung mit 125000 geschaffenen Arbeitsplätzen, die einerseits nur Absichtserklärungen von Käufern ehemaliger Treuhandbetriebe sind und andererseits nicht einmal eingehalten werden, wie Untersuchungen ergaben. Nicht einmal 50 % der Arbeitsplatzzusagen und nur 30 % der Investitionszusagen bei der Veräußerung von Treuhandunternehmen sind wirklich vertraglich gebunden.

Vogel und seine Regierungsmannschaft ignorieren diese Fakten. Statt schnell und direkt bedrohten Betrieben in Thüringen zu helfen, überschütten sie westliche Anbieter mit Fördergeldern in zig Millionen Höhe. Es bleibt dabei: Auch in Thüringen setzen die Herrschenden auf die Macht des Geldes. Wer kein Geld hat — siehe oben — hat halt Pech gehabt. — (Gerd Dolge)

Olympia — und tschüss ... NOlympia-Demonstration

Mehr als 15000 Olympiagegner beteiligten sich am vergangenen Samstag unter obigem Motto an der vorläufig letzten Anti-Olympia-Demonstration, zu der u.l. das Bündnis 90/Die Grünen, die Berliner Anti-Olympia-Koordination und die PDS aufgerufen hatten. Wenige Tage vor der Abstimmung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Monte Carlo am 23.9. versuchten deutsche Sportfunktionäre, die hochgepuschte Euphorie zu dämpfen. So gab Willi Daume (EX-NOK'ler) Berlin keine Chance. Der Präsident des Berliner Landessportbundes, Manfred von Richthofen, empfahl: „Ich könnte mir vorstellen, daß man der Tradition vieler Bewerberstädte folgte, die es nicht nur einmal versucht haben, sondern mehrere Male Anlaufnahmen ...“ — (har)

Heitmann (CDU): Nazi-Vergangenheit enttabuisieren

In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* hat Steffen Heitmann, Kohls Wunschkandidat für das Amt des Bundespräsidenten, eine Enttabuisierung bestimmter Themen gefordert, wörtlich: „Dazu gehört das Thema Ausländer, dazu gehört das Thema Vergangenheit Deutschlands, der Nazi-Vergangenheit, dazu gehört das Thema Frauen.“ Und an anderer Stelle: „Die deutsche Nachkriegssozialrolle war ja in gewisser Weise eine Fortsetzung der angemaßten Sonderrolle der Nazi-Zeit. Das ist zu Ende.“ Empört erklärte dazu Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland: „Ein Bundespräsident muß dem Volk Gedanken vorgeben ... Herr Heitmann spricht eher das nach, von dem er glaubt, daß viele im Volk so denken ... Heitmanns Äußerungen sind geeignet, den Rechtsradikalen neue Argumente zu liefern ...“ (BamS, 19.9.) — (u.b.)

„Regierung macht Lohnraub zum Mittel der Sozialpolitik“

Zu dem neuen „Pflegekompromiß“ der Regierungskoalition erklärt der DGB: Das unverantwortliche „Polittheater“ um die Einführung der dringend notwendigen sozialen Pflegesicherung hat nach den Worten der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kerfer einen neuen Tiefpunkt erreicht ... Jetzt sollen für die bundesweiten 10 Feiertage im Jahr 20 % vom Lohn gestrichen werden. Dies bedeutet für jeden Arbeitnehmer eine Kürzung des Brutto-Lohnes um 0,75 Prozent. Für den Durchschnittsverdiener seien das fast 400 DM im Jahr. Darüber hinaus müßten die Arbeitnehmer noch einmal 0,85 Prozent als ihren Arbeitnehmeranteil für die Pflegeversicherung bezahlen ... und machen den Arbeitgebern darüber hinaus noch Finanzgeschenke von je 5 Mrd. DM in den Jahren 1994 und 1995.

Der DGB sieht in dem jetzigen Regierungsplan einen unzulässigen Eingriff in die Tarifverträge und die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie. Denn alle Tarifverträge mit einem festen Monatsgehalt sehen ein bestimmtes Gehalt vor, unabhängig von der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitstage; dies gilt auch für alle Angestellten und zunehmend auch für Arbeiter ...“ Quelle: DGB-Presseerklärung vom 21.9.93

Bad Kleinen: Aufruf zu einer Untersuchungskommission

Das „Organisationsbüro für eine Untersuchungskommission zur Aufklärung des Todes von Wolfgang Grams“ lädt jetzt für Samstag, den 25.9.93, 13 bis 19 Uhr, zu einem ersten Treffen des „TrägerInnenkreises“ für eine unabhängige Untersuchungskommission ein. Das Treffen findet statt im Bürgerhaus Westend, Ulmenstr. 20, Frankfurt am Main, Clubraum 4. Rückfragen und Anmeldungen sollen an das vorläufige Organisationsbüro für die Untersuchungskommission gerichtet werden: RA A. Kutsch, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611/3082234, Fax 0611/302083. — (rub)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Istanbul: Gündem-Prozeß vertagt

Delegation berichtet. Ciller-Besuch, Völkermordanzeige Seite 2 u. 3

Am 21. September fand in Istanbul vor dem Staatssicherheitsgericht der Verbotsprozeß gegen die Tageszeitung *Özgür Gündem* statt. Vier Tage zuvor wurde der Herausgeber, Yasar Kaya, der auch Vorsitzender der Demokratiepartei (DEP) ist, in Ankara verhaftet. Bei dem Verhandlungstermin war er nicht anwesend, er verlangte per Telegramm, daß er sich auf das Verfahren vorbereiten könne. Das Verfahren wurde auf den 11. November verschoben.

Gegen die Zeitung laufen zur Zeit 100 Prozesse. Angeklagt sind die Chefredakteure sowie jedes Mal Yasar Kaya. Die Staatsanwaltschaft fordert wegen der Berichterstattung über den Krieg in Kurdistan über 150 Mio. DM Geldstrafen und mehrere hundert Jahre Haft.

Am 21. September fand noch ein Prozeß gegen den ehemaligen Chefredakteur Davut Karadağ statt. Vier Tage vorher war er nach 63 Tagen Isolationshaft aus dem Istanbuler Staatsgefängnis entlassen worden. Vom 26. April bis 15. Juni wurden gegen ihn 43 Verfahren vor

dem Staatssicherheitsgericht eröffnet.

Die türkische Regierung verschärft den Krieg in Kurdistan. Sie will die legale politische Opposition unterdrücken und besiegen. Am 18. September wurden Haftbefehle gegen 24 Gewerkschaftsvorsitzende und gegen den IHD-Menschenrechtsvereins-Vorsitzenden aus Diyarbakır erlassen. Am 6. Oktober kommt der Verbotsprozeß gegen den IHD Istanbul statt.

In der Presseerklärung einer bundesdeutschen Delegation, die neben Vertretern internationaler Organisationen (amnesty international, Internationale Journalistenföderation) beim Prozeß in Istanbul war heißt es u.a.: Die Entscheidung über das Verbot der Tageszeitung *Özgür Gündem* wurde heute morgen nach kurzer Verhandlung vom Staatssicherheitsgericht (DGM) in Istanbul auf den 11.11.93 vertagt. Auf Antrag der Anwälte von *Özgür Gündem* wurde dem Herausgeber Yasar Kaya eine Frist zur Vorbereitung der Verteidigung eingeräumt ... Wichtig ist, daß

das DGM über den zentralen Antrag der Verteidigung bereits entschieden hat: mit einem Satz hat es lapidar festgestellt, daß ein Verbot von *Özgür Gündem* nicht die in der türkischen Verfassung garantierte Pressefreiheit verletzen würde. Damit scheint die endgültige Entscheidung vorweggenommen, das Verbot absehbar ...

Wir fordern die sofortige Einstellung der Prozesse gegen *Özgür Gündem* und den IHD! Freilassung von Yasar Kaya!

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Haftbefehle gegen die Gewerkschafter und den IHD-Vorsitzenden in Diyarbakır! Einstellung der militärischen, ökonomischen und politischen Unterstützung des türkischen Staates durch die Bundesrepublik! gez. Dieter Balle, Beate Berg, Rudolf Bürgel, Martin Heiming, Dirk Müller, Ursel Quack, Roland Röder, Gertrud Selzer, Hans-Otto Wiebus, Wolfgang Eppler, Istanbul, 21.9.93.

— (rub)

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl läßt folgendes erkennen:

Der Einzug von REPs und/oder DVU in die Bürgerschaft scheiterte knapp. Die Faschisten haben ihren Einfluß gegenüber der Bürgerschaftswahl 1991 von 10390 Stimmen (1,2 % für REP und NL) auf 64780 Stimmen (7,5 % für REP, DVU und NL) gewaltig ausgeweitet.

Die Parteien der Bonner Regierungskoalition, CDU und FDP, zeigen Einflußverlust und Zerfallserscheinungen. Sie verlieren zusammen 84486 Stimmen, ihr Stimmanteil sinkt zusammen gerechnet von 40 % 1991 auf deutlich unter 30 %. Die FDP ist in der Bürgerschaft nicht mehr vertreten. Die STATT-Partei, politisch und sozial dem bürgerlichen Lager zuzurechnen, erhält auf Anhieb 46895 Stimmen (5,6 %).

Das „rot-grüne“ Lager (SPD und Bündnis 90/Die Grünen, GAL) kommt mit einem Zugewinn von 3337 Stimmen auf eine absolute Mehrheit von 52,8 %. Die Gewinne der GAL (+ 55046) sind höher als die Verluste der SPD. Das Gewicht der GAL im „rot-grünen“ Lager hat sich fast verdoppelt.

Die WählerInnenvereinigung Linke

Probleme linker Wahlpolitik ungelöst

Nach den Wahlen in Hamburg

Alternative — Wehrt Euch hat nur 4312 Stimmen erhalten (0,5 %). 1991 vereinigten AL (3947), PDS/LL (3707) und DKP (608) knapp doppelt so viel Stimmen auf sich. Das Ergebnis der separat kandidierenden VSP beläuft sich auf 274 Stimmen (0,0 %).

Das Ergebnis der Linken Alternative ist enttäuschend, weil es das von vielen genannte Ziel von mindestens 1 % — das hätte dem addierten 9ler Ergebnis der Linken entsprochen — verfehlt hat. Wir drucken im folgenden die ersten Stellungnahmen der Linken Alternative und des Parteivorstandes der PDS ab. Beide Stellungnahmen weisen, auf unterschiedliche Weise, in ihrer Bewertung des Ergebnisses der Linken Alternative

auf ungelöste Probleme linker Wahlpolitik hin.

Dem Parteivorstand der PDS unterläuft die Mißachtung der 4312 Menschen, die die Linke Alternative immerhin wählten („keine Zustimmung“). Das sind absolut gesehen nicht viele. Es ist nicht gelungen, Stimmen weit über die linken Aktionszusammenhänge hinaus zu gewinnen. Von den politisch links Aktiven jedoch hat sich wahrscheinlich ein nicht unerheblicher Anteil mit der Wahl positiv auf die Linke Alternative bezogen. Das ist ein Fundus, den niemand leichtfertig aufs Spiel setzen sollte.

Die erste, noch am Wahlabend verfaßte Stellungnahme der Linken Alternative

geht an den außerordentlichen Schwierigkeiten vorbei, vor die oppositionelle Politik bei den kommenden Wahlen angesichts der sich abzeichnenden Polarisierung (Bürgerblock/Faschisten — „rot-grünes“ Lager) gestellt ist. Daß sich die Polarisierung vor dem Hintergrund einer allgemeinen, alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte beeinflussenden Rechtsentwicklung vollzieht, macht die Schwierigkeiten nicht kleiner, sondern größer. Viele Menschen, die gegen den erstarkenden Faschismus, gegen Kriegskurs, Aufrüstung des Staatsapparates, soziale Deregulierung usw. Widerstand leisten, haben, davon ist auszugehen, „rot-grün“ gewählt, weil sie sich davon etwas versprechen. Daß ihre Kritik, ihr Widerstand durch das Stimmergebnis für „rot-grün“ aufgesogen oder neutralisiert wird, ist wohl allen klar, die am Fortschritt oppositioneller Wahlpolitik interessiert sind. Der Klärung der Frage, wie sich unter diesen Bedingungen sozialistische Politik so entwickeln kann, daß sie ihre parlamentarische Präsens bei den Wahlen zum Europaparlament und zum Bundestag behauptet, d.h. ihre Basis ausweitet, sind wir mit dem Hamburger Ergebnis nicht nähergekommen. — (sc)

„Wir bleiben außerparlamentarisch“

Presseerklärung der Linken Alternative — Wehrt Euch, Sonntag, 19.9.93, 22.00 Uhr

Wir begrüßen, daß durch die von uns und anderen außerparlamentarischen Gruppen forcierte offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus im Hamburger Wahlkampf erreicht wurde, daß faschistische Parteien wie DVU und Reps nicht in der Hamburger Bürgerschaft vertreten sein werden. Daß dies erreicht wurde, ist nicht zuletzt ein Verdienst des Personenbündnisses *Linke Alternative*, das sich auch ausdrücklich mit dem Ziel gegründet hat, gegen rassistisches und faschistisches Gedankengut Position zu beziehen. Trotzdem ist es bedrohlich, daß die Zustimmung für rassistische, menschenverachtende Politik in der Gesellschaft insgesamt deutlich zugenommen hat. Allein das Stimmpotential von DVU, REP, NL und anderen liegt bei über 9 % und reflektiert eine Stimmung gegen Minderheiten und für Brandanschläge, die gerade von den etablierten Parteien mit geschürt worden ist.

Hier muß eine entschlossene Umkehr erzwungen werden, was derzeit nur außerparlamentarisch erarbeitet werden kann:

„Das erforderliche gesellschaftliche Klima und eine andere aktive politische Grundhaltung in der Mehrheit der Bevölkerung sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Verhinderung von sich gewaltsam ausbreitendem Sexismus, Rassismus, Nationalismus und Faschismus“, heißt es dazu in der Politischen Erklärung der *Linken Alternative*.

Die nunmehr ins Rathaus gewählten Parteien werden diese notwendige andere Politik nicht machen:

Das WählerInnenpotential der undurchsichtigen STATT-Partei hat sich bei dieser Wahl aus enttäuschten CDU- und SPD-WählerInnen und auch aus zu faschistischen Parteien tendierenden Menschen gespeist. Eine entschlossene demokratische „Kontrolle“ von Regierungspolitik ist von dieser Gruppierung nicht zu erwarten. Politische Sachaussagen hat diese Partei im Wahlkampf vollkommen gescheut.

Auch eine rot-grüne Koalition verspricht keine soziale und antirassistische Hamburger Politik. Bereits heute am Wahlabend buhlen die Bündnis 90/Die Grünen bei der abgehalfterten SPD um eine Teilhabe an der Macht — bereit zu jedem Kompromiß. Dies war vorher absehbar.

Als um so erfreulicher bewertet es der Arbeitsausschuß der *Linken Alternative* — Wehrt Euch, daß unsere deutlich gegen den Zeitgeist gerichteten politischen Inhalte (Antinationalismus, Antikapitalismus, Antimilitarismus) immerhin von 0,5 % der Bevölkerung gewählt wurden. Mehr konnte für ein vorher unbekanntes

Bündnis, welches sich erst vor acht Wochen zusammengefunden hat, nicht erwartet werden. Es wurde von uns von Anfang an als quasi unmöglich erachtet, eine neue politische Gruppierung in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit bekanntzumachen.

Obwohl wir unser Bündnis nicht für ein bundesweites Modell halten, denn es konnte nur aufgrund der besonderen Verhältnisse in Hamburg zustande kommen, werden wir aufgrund der guten bisherigen Zusammenarbeit gerade jetzt weiterarbeiten. Das Bündnis hat sich von Anfang an nicht als auf die Wahl reduzierter Zusammenschluß verstanden und wird seine Zusammenarbeit nunmehr fortsetzen, indem die kommenden Koalitionsrängespiele von uns — nicht zuletzt durch öffentliche Aktionen — kritisch begleitet werden.“

Arbeitsausschuß der *Linken Alternative*

Aus dem Parteivorstand der PDS:

Grundtrend: Etablierte eingebrochen, **Rechtstrend:** nicht gestoppt, **Protesttrend:** Alternativen zu Parteien gesucht, **Linkstrend:** Seklerterum hat keine Chance

Grundtrend: Alle etablierten Parteien sind bei dieser Wahl gründlich eingebrochen und haben damit eindeutig die Quittung der WählerInnen und Wähler für ihre fehlende Fähigkeit und Bereitschaft erhalten, die realen Interessen der BürgerInnen und Bürger zu vertreten.

Als einzige Partei konnte die *Grüne Alternative Liste GAL* einen Wahlerfolg verbuchen. Sie konnte von ihrem Ruf profitieren, noch nicht etabliert zu sein, obwohl sie es mit Blick auf die angestrebte Regierungsbeteiligung vermied, alternative Positionen zu artikulieren.

Rechtstrend: Das Hamburger Bürgerschaftswahlergebnis hat die Fortsetzung des Rechtstrends in der bundesrepublikanischen Politik auf bestürzende Weise bestätigt. Angesichts der fast 8 Prozent für Republikaner und DVU zusammengekommen kann der Nichteinzug der beiden rechtsextremistischen Parteien in die Bürgerschaft nicht als ein ausreichender Erfolg gewertet werden.

Protesttrend: Ein immer größerer Teil der Bevölkerung fühlt sich durch die herrschenden Parteien nicht mehr vertreten. Das Ergebnis der Hamburger Statt-Partei ist Ausdruck dafür.

Linkstrend: Noch Fehlanzeige. Das Abschneiden der GAL bestätigt insofern einen gewissen Linkstrend, da sie im Bewußtsein vieler Menschen noch als linke Kraft angesehen wird. Das alternative Bündnis „Wehrt Euch“ hat als zu enges und seklerterum keine Zustimmung bei den WählerInnen und Wählern gefunden.

West-EKD im Gefolge der DDR-Annektion ist der 1957 zwischen West-EKD und Bundeswehr geschlossene Militärseelsorger-Vertrag strittig. Die Ost-Kirchen kritisieren u.a., daß Militärseelsorger Bundesbeamte sind, mithin dem Verteidigungsminister unterstehen, als Verstoß gegen die „Trennung von Kirche und Staat“. Jetzt hat ein Ausschuß, der ein Jahr lang über „Einigungsformeln“ nachdachte, seine Ergebnisse vorgelegt: Es gibt keine Einigung. Die Ost-Kirchen wollen weiter, daß die Militärseelsorger EKD-„Beamte“ sind, aber vom Staat bezahlt werden (1993 immerhin 27 Millionen DM!), die West-Kirchen wollen den bestehenden Vertrag im wesentlichen nicht ändern.

§ 218: Neuer Anlauf

Die FDP-Faktion hat einen neuen Entwurf eines Abtreibungs-Strafgesetzes vorgelegt, der sich z.T. wörtlich an das BVerfG-Urteil anlehnt. Er sieht vor, daß Abtreibungen in den ersten zwölf Wochen von Strafverfolgung ausgenommen werden, wenn eine „ergebnisoffene“ Beratung vorausgegangen ist. Die CSU will Ärzte unter Strafandrohung verpflichten, ein „dem Schutz des ungeborenen Lebens“ dienendes Beratungsgespräch zu führen. CDU-Ministerin Merkel will mit der FDP sprechen.

Was kommt demnächst?

Am 24. September tagt der Bundesrat. Am 8./9. Oktober beraten die Grünen auf einer a.o. ZDK über ihre Politik zu Bundeswehreinsätzen im Ausland. Im November ist SPD-Parteitag. Am 5.12. sind Kommunalwahlen in Brandenburg.

Tansu Ciller in Bonn: Geschäfte und Repression

Am 20. September traf die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller zu einem dreitägigen Besuch in der BRD ein. Gespräche mit Kohl, Kinkel, von Weizsäcker und Vertretern deutscher Banken und Konzerne standen auf ihrem Programm. Eine kurdische Kundgebung, die kurzzeitig die Straße zum Bundeskanzleramt blockierte, um auf die Massaker der türkischen Arme zu machen und gegen die deutsche Militärfahrt für das türkische Regime zu demonstrieren, wurde von der Polizei mit großer Brutalität angegriffen. Auch die Grünen, medico international und andere Organisationen hatten in Presseerklärungen gegen den Besuch der türkischen Ministerpräsidentin protestiert und eine Einstellung der deutschen Waffenhilfe verlangt. Die Angehörigen und Freunde des widerrechtlich in der Türkei inhaftierten deutschen Journalisten Stephan Waldberg erneuerten ihre Forderung, die Bundesregierung solle sich für dessen Freilassung einsetzen.

Die Bundesregierung ignorierte diese Proteste und Forderungen vollständig. Stattdessen gab sie nach dem Gespräch Cillers mit Kohl eine Presseerklärung heraus, in der sie begrüßte, „daß ... die deutsch-türkische Wirtschaftskommission, die zuletzt 1987 getagt hatte, wiederbelebt und dieses Gremium als „Kooperationsrat“ auf eine neue Stufe gehoben wird.“ Am 4. und 5. November soll dieser „Kooperationsrat“ das erste Mal tagen, um die Geschäfte deutscher Konzerne mit der Türkei auszuweiten. Zusätzlich sollen in beiden Ländern deutsch-türkische bzw. türkisch-deutsche Handelskammern eingerichtet werden. Eine „gemeinsame Arbeitsgruppe auf hoher Ebene der zuständigen Ministerien“ soll darüber hinaus „alle juristischen und verfassungsrechtlichen Fragen von beiderseitigem Interesse“ erörtern, einschließlich „Fragen ... der inneren Sicherheit.“

Damit scheint festzustehen, daß die Polizei- und Militärzusammenarbeit bei den Staaten ausgeweitet werden soll. Ministerpräsidentin Ciller erläuterte diese Passage noch am gleichen Abend in einem Fernsehinterview, daß es darum gehe, Verbotsmaßnahmen gegen die PKK und ihr nahestehende Vereinigungen in der BRD vorzubereiten.

Das Kurdistan-Komitee protestierte noch am gleichen Tag gegen diese Vereinbarung: „Heute gehören Massaker, Folter und Vergewaltigungen der türkischen Militärs an der kurdischen Zivilbevölkerung zum Alltag. Ebenso die Ermordung von oppositionellen kurdischen Politikern und Journalisten auf offener Straße ... Die Angriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung verstößen gegen alle internationalen Abkommen über Menschen- und Minderheitenrechte sowie gegen das humanitäre Völkerrecht. Wir möchten die deutsche Bundesregierung noch einmal daran erinnern, daß nicht die kurdische Seite die Fortsetzung dieses Krieges will, sondern die türkische Seite ... Sind die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei für die deutsche Bundesregierung etwa wichtiger als die Menschen- und Minderheitenrechte? Mit welchen demokratischen und Menschenrechtsprinzipien ist diese Haltung von Herrn Bundeskanzler Kohl zu vereinbaren? Auf welches internationale Menschenrechtsabkommen stützt er sich dabei? In diesem Zusammenhang entspricht der von der deutschen Bundesregierung und der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller verwendete „Terrorismus“-Begriff nicht den Tatsachen. Vielmehr trifft dieser Begriff auf die aggressiv-gewalttätige Haltung der türkischen Regierung zu. Die deutsche Bundesregierung wird auch nicht durch die Schließung und das Verbot von kurdischen Vereinigungen und Institutionen den Widerstand des kurdischen Volkes für seine nationalen und demokratischen Rechte sowie für die Menschenrechte verhindern. Solange das kurdische Volk lebt, wird es diese Rechte verteidigen.“

Quellen: *Kurdistan-Rundbrief* 20/93, PM Bodesregierung Nr. 358/93. *Kurdistan-Komitee* am 20.9.93 — (rül)

Aktuell in Bonn

Aufschwung Ost: Ende

Am 15.9. vermeldete die Welt: „Aufschwung im Osten läßt nach“. Wo viele nur Abbau sahen, soll Aufschwung gewesen sein, der nun aber bereits wieder rückläufig sei. Die Meldung basiert auf den neuesten Ergebnissen des Wiesbadener Statistischen Bundesamtes und des Bonner Wirtschaftsministeriums. Darauf soll es im ersten Halbjahr 1993 in Ostdeutschland noch einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 6,2 Prozent gegeben haben — im gleichen Zeitraum 1992 waren es noch 9,3 Prozent. Die Zahlen verzerrten die Wirklichkeit, da es zuvor, 1989-91, erstens den bekannten massiven Abbau gegeben hat, und da zweitens der Abbau der Beschäftigtenzahl sich fortsetzt. Im ersten Halbjahr 1993 ging die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland nochmals um 3,7 Prozent zurück.

Teurer Reichstag

Der Reichstag in Berlin ist bereits einmal mit großem Aufwand, d.h. für viel Geld, umgebaut worden. Man ließ dort den Bundespräsidenten wählen und den Bundestag tagen. Also müßte er für eine normale Parlamentsarbeit funktionsfähig sein. Nun soll er nochmals umgebaut werden. Aus einem entsprechenden Architektenwettbewerb ging 1992 Norman Foster als Sieger hervor. Seine Umbaupläne wurden 1992 noch mit exakten 246 Millionen Mark veranschlagt. Inzwischen weiß das Bauministerium zwar

weniger präzise, aber doch, daß es „600 Millionen“ werden; laut Bild kommt der Umbau bereits auf 700 Millionen Mark.

Streikbruchprämie zulässig

Bisher galt: Ein Arbeitgeber, der während eines Arbeitskampfes eine Sonderzahlung an Streikbrecher gewährte, mußte diese nach Beendigung des Arbeitskampfes auch die Beschäftigtenzahlen, die sich am Arbeitskampf beteiligt hatten, sofern ein allgemeines Maßregelungsverbot vereinbart worden war. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat im Juli 1992 und im Juli 1993 diese Position aufgeweicht — „zugunsten der Arbeitgeber“, wie das *Handelsblatt* feststellt (14.7.93). Solche Streikbruchprämien sind nun zulässig und werden als „Arbeitskampfmittel der Arbeitgeber“ anerkannt; mit diesen werden „Arbeit unter erschwerten Bedingungen“ abgegolten.

Unverfrorene Entschädigungspläne

Das von der Bundesregierung vor Monaten vorgelegte „Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz“ für Personen und Firmen, die ihr Alt-Eigentum aus der früheren DDR zurückhaben wollen, wird, so das Ergebnis einer Anhörung im Bundestags-Finanzausschuß, noch unverfrorener. Bisher hatte die Regierung Entschädigungen von zusammen 12,5 Mrd. DM vorgesehen, die durch Rückzahlung von Lastenausgleichsmitteln, Treuhänder-Verkaufserlösen und Zahlungen derer, die Grundstücke und/oder Gebäude zurückhalten, aufkommen sollte. Jetzt bahnt sich an: Sehr viel höhere Entschädigungen, die auch aus

Steuern bezahlt werden, Rückgabeansprüche auch für Personen und Firmen, die zwischen 1945 und 1949 enteignet wurden (z.B. IG Farben, Daimler-Benz, Kriegsverbrecher), noch mehr Zahlungen der Ost-Kommunen und -Länder für Gebäude und Grundstücke, die sie behalten wollen.

Post-Liquidierungs-Reform

Im Postministerium werden neue Gesetze zur Privatisierung des Post- und Fernmeldebewesens ausgearbeitet (FAZ, 18.9.). So sollen ab 1998 Massendienstungen, Auslandspost und Periodika aus dem Postmonopol herausgenommen werden, sprich: eingestellt oder extrem verteilt werden. Sowohl das Telefonmonopol wie das Briefmonopol sollen ab 1998 fallen. Schon vorher sollen firmeneigene Fernmeldenetze erlaubt werden; nur im Kriegs- und Katastrophenfall bleibt die Post in der Pflicht.

Streit um Bahnreform

Die von der Bundesregierung bis Oktober geplante Einigung mit den Ländern über die Bahnreform zum 1.1.94 stößt auf Probleme. So will die Bundesregierung Länder und Gemeinden bis 1997 nur 7,7 Mrd. DM für regionale Schienenverkehrsnetze zahlen, danach nichts mehr. Die Länder verlangen mindestens das Doppelte und eine Verlängerung der Kostenbeteiligung des Bundes. Eine Konferenz der Verkehrsminister letzte Woche endete ergebnislos. Diese Woche verhandeln die Finanzminister.

Militärpfarrer: Streit in der EKD

Seit dem Anschluß der Ost-EKD an die

Kurdistan-Solidarität:

Keine Waffen für den Völkermord !

Aus den Materialien der Kampagne zur Unterstützung der Völkermordanzüge gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Beihilfe zum Völkermord am kurdischen Volk.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Vernichtungsfeldzug der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk hat in den letzten drei Jahren eine noch nie dagewesene Brutalität erreicht. Seit 1984 bis heute wurden über 600 Dörfer zerstört und zehntausende Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Zur Zeit lesen wir täglich in kleinen, unauffälligen Zeitungsmeldungen, daß bei Gefechten und Überfällen mindestens 20 Menschen getötet werden. Dies geschieht fast immer mit deutschen Waffen, z.B. mit Hilfe von BTR-60 Panzerfahrzeugen, die die Bundesrepublik Deutschland aus ehemaligen NVA-Beständen an die Türkei geliefert hat...

Die Unterstützung dieses Krieges erfüllt den Tatbestand der Beihilfe zum Völkermord nach 220a StGB. Aus diesem Grund erstatteten im Januar 1993 Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Juristinnen und Juristen sowie Einzelpersonen Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft. Bis heute ist die Bundesanwaltschaft nicht tätig geworden.

Aus diesem Grund und vor allen Dingen weil der Krieg in Kurdistan immer mehr Opfer fordert, haben sich die AntragstellerInnen, medico international und Kurdistan-Solidaritätsgruppen zu dieser bundesweiten Kampagne entschlossen.

Ziele der Kampagne:

1. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe soll die Ermittlungstätigkeit für die in Januar erstattete Anzeige aufnehmen. 2. Die Bundesregierung soll ein ständiges Rüstungsembargo gegen die Türkei verhängen. 3. Die Bundesregierung soll entsprechende politische Maßnahmen ergreifen, um einen beiderseitigen Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien Türkei und Arbeiterpartei Kurdistan zu erreichen.

Des Weiteren wollen wir durch die Kampagne hinwirken auf:

1. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdischen Provinzen der Türkei, 2. den Erlass einer umfassenden Generalamnestie in der Türkei, 3. die Legalisierung aller demokratischen kurdischen Parteien und Organisationen in der Türkei, 4. die Verankerung der kurdischen Identität in der türkischen Verfassung auf der Grundlage des gleichberechtigten Zusammenlebens des kurdischen und türkischen Volkes.

Für die Kampagne haben wir drei Schwerpunktthemen ausgewählt:
Deutsch-türkische Beziehungen (besonders die militärischen) / Türkische Entvölkerungspolitik und Dorfzerstörungen in Nordwestkurdistan / Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei.

Getragen wird die Kampagne von folgenden Gruppen, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen (Stand 7.9.1993):

Bundesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE GRÜNEN Landesverband Rheinland-Pfalz, BUKO — Bundeskongress entwicklungs-politischer Aktionsgruppen — Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Köln, Fraktion DIE GRÜNEN im Rathaus Mainz, Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz, HEVKOM, Heyva Sor a Kurdistan e.V., Ulla Jelpke, Mitglied im Deutschen Bundestag, Kurdistankomitee in der BRD, Kurdistansolidaritätsgruppen in der BRD; medico international, Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg und verschiedene Einzelpersonen.

Ausführliche Materialien für die Kampagne sowie die Broschüre (142 Seiten A-5, Preis: 8,00 DM) mit dem vollständigen Wortlaut der bei der Bundesanwaltschaft eingereichten „Völkermordanzüge gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk“ sind zu beziehen beim Kurdistankomitee, Hanstrasse 66, 50670 Köln, Tel. 0221/125264, Fax 0221/134868.



„Die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament haben für die PDS Schlüsselbedeutung“

Wirtschaftsunion nur mit Sozialunion!

Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS, Beobachterin im Europäischen Parlament *

■ Regierung und Konzerne setzen nach Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes und der „marktwirtschaftlichen Öffnung im Osten“ noch schroffer als früher an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Europa an, um Lebens- und Arbeitsbedingungen auf das jeweils niedrigste Niveau zu deregulieren. Die Gewerkschaften wehren sich dagegen und versuchen u.a., eine bessere Sozialcharta zu verankern. Welchen Beitrag zu dieser EG-weiten Abwehrfront strebt die PDS an?

Sozialpolitik war das Stiefkind in der bisherigen EG-Entwicklung, sie wird es in der Europäischen Union à la Maastricht erst recht bleiben. Das dem Vertrag angehängte „Abkommen über die Sozialpolitik“, das von der Bundesregierung so gern als Erfolg verkauft wird, entspricht in keiner Weise den Erfordernissen nach einer Sozialpolitik und einer Sozialgesetzgebung, die dieser Bezeichnung auch nur annähernd gerecht würde.

Widerstand gegen Sozialabbau — der ja nicht nur hierzulande unter dem Schlagwort „Sicherung des Wirtschaftsstandortes“ betrieben wird — zu leisten, ist m.E. eine vorrangige Aufgabe linker Politik. Eine „EG-weite Abwehrfront“ im Sinne eines breiten, gezielten und koordinierten Zusammenwirkens verschiedener Kräfte gibt es allerdings nicht.

In ihrer internationalen Arbeit ist die PDS daher sehr aktiv, die dringend notwendige Zusammenarbeit zwischen Linken und ebenso mit Gewerkschaftern zu befördern. Natürlich unterstützen wir Gewerkschaftsforderungen wie die nach Schaffung europäischer Betriebsräte oder nach größeren Mitspracherechten von Gewerkschaften auf EG-Ebene. Genauso wichtig ist jedoch, sich hier im Lande der Europapolitik der Bundesregierung, die ja in hohem Maße die Entwicklungsrichtung der EG beeinflußt, entgegenzustellen. Eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Sozialunion ist für uns nicht akzeptabel.

■ Bei den Wahlen zum Europa-Parlament 1994 hoffen faschistische Parteien wie DVU und REPs auf einen beträchtlichen Wahlerfolg. Stichworte ihrer Wahlkampagne sind: „Rettet die D-Mark“, „Deutschland den Deutschen“ und „Gegen Maastricht“. Wie will die PDS diesem faschistischen Wahlkampf entgegentreten?

Die PDS hat sich stets von Nationalismus und Chauvinismus entschieden distanziert. Gerade im Wahlkampf kommt es m.E. darauf an, deutlich zu machen, daß wir für ein friedliches, demokratisches und solidarisches Europa eintreten und gegen eine Festung Westeuropa sind und daß unsere Ablehnung von Maastricht nichts, aber auch gar nichts gemein hat mit den Ultrarechten, die ein

waffenhilfe der BRD) im Europaparlament anzugehen?

Das Europäische Parlament hat mehrfach und sehr entschieden das militärische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung und die massive Mißachtung der Menschenrechte der in der Türkei lebenden Kurdinnen und Kurden verurteilt. Insoweit kann durch das Europäische Parlament zusätzlich Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, endlich eine Politik des friedlichen Zusammenlebens aller in der Türkei lebenden Völker einzuleiten. Entscheidender ist jedoch, in Deutschland selbst gegen die Türkei-Politik der Bundesregierung aufzutreten, denn so lange es hierzulande keinen massiven Widerstand gegen Waffenlieferungen an die Türkei gibt, läßt sie sich — das ist leider so — relativ wenig beeindrucken von Resolutionen des Europäischen Parlaments.

■ Stichwort Nord-Süd: Nicht nur in Somalia macht sich abendländisches Vormachtstreben wieder breit. Was ist Dein Eindruck: Gibt es ernsthafte Absichten bei Konzernen und westlichen Regierungen, zum Beispiel Afrika zu „rekolonialisieren“? Auf welche Tendenzen, Absichten, Pläne des imperialistischen „Nordens“ muß sich die Linke einstellen?

Zunächst einmal ist es m.E. nicht korrekt, mit Begriffen wie „imperialistischer Norden“ umzugehen, weil er eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit suggeriert, die so nicht existiert. Die politischen und ökonomischen Interessenlagen solcher Mächte wie der USA, Japans, Frankreichs oder der Bundesrepublik sind nicht deckungsgleich, sondern sehr unterschiedlich. Während zum Beispiel Japan ausgehend von seinem umfassenden Sicherheitsverständnis nicht auf den militärischen Faktor in der Politik setzt, ist bei den USA genau das Gegenteil der Fall, wie der Golfkrieg, bei dem es um Vorherrschaft und Öl ging, zeigte. Ich denke, die Linke hat sich darauf einzustellen, daß sich der globalen Charakter tragende Nord-Süd-Konflikt rasant zuspitzen wird und eine größere Dimension annehmen kann als der Ost-West-Konflikt zu Zeiten des Kalten Krieges. Somalia ist ein Beispiel dafür,

wie unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe oder der Beendigung von Bürgerkriegen versucht wird, die Führbarkeit von Kriegen als „normal“ hinzustellen. Es wird daher andererseits interessant sein, wie es mit dem eingeleiteten palästinensisch-israelischen Interessenausgleich weitergeht. Er kann m.E. zu einem Testfall dafür werden, welcher Weg künftig beschritten werden soll. Eine Kernfrage ist jedoch, ob die USA bereit sind, für einen dauerhaften Frieden in Nahost die gleichen Milliardensummen einzusetzen, wie für den Golfkrieg.

■ Die PDS kandidiert bei den Europawahlen mit einer offenen Liste. Wie soll die inhaltliche Diskussion über das Wahlprogramm stattfinden? Wir wissen bisher nur von einem „Runden Tisch“ zu den Europawahlen, zu dem die PDS in Thüringen einlädt. Gibt es noch weitere Vorhaben, um eine breite inhaltliche Diskussion über das Wahlprogramm und den Wahlkampf der PDS/Linken Liste zu ermöglichen?

Wir haben im vorigen Jahr beim Parteivorstand eine politikbereichübergreifende „Projektgruppe EP-Wahlen“ gebildet, in der verschiedene AG/IG und auch Abgeordnete der PDS mitarbeiten. Wir werden im Oktober/November den dort erarbeiteten Entwurf des Wahlprogramms zu den EP-Wahlen im Presse-dienst und in unserer Mitgliederzeitung DISPUT veröffentlichen und damit in eine breite inhaltliche Diskussion über die europapolitischen Positionen der PDS einsteigen. Eine solche Diskussion ist dringend erforderlich und vom Vorstand gewollt, denn es ist ja so, daß die Europaproblematik bisher leider nicht Diskussionsgegenstand in der Gesamt-partei war. Ich wünsche mir lebhafte und kritische Debatten, und ich bin sicher, daß uns die in den Landesverbänden — im Osten wie im Westen — geplanten Europakonferenzen oder europapolitischen Veranstaltungen gut auf den Wahlkampf vorbereiten und einstimmen werden. Das ist vor allem deshalb so wichtig, weil die Wahlen zum Europäischen Parlament für die PDS Schlüsselbedeutung haben. Denn von ihnen wird mit Blick auf die kurz danach folgenden Bundestagswahlen das Signal ausgehen, ob wir in der Lage sind, die undemokratische 5-Prozent-Sperrklausel zu über-springen. Und, läßt mich das noch sagen, ich bin optimistisch, daß die PDS wieder in Straßburg vertreten sein wird.

(*) Sylvia-Yvonne Kaufmann ist seit der Annexion der DDR am 3.10.1990 eine von 18 „Beobachtern und Beobachterinnen“ für die „neuen Länder“ im Europäischen Parlament. Im PDS-Parteivorstand ist sie für die Vorbereitung der Europawahlen verantwortlich.

Umberto Bossi, der Vorsitzende der Lega, auf einer Wahlkundgebung in Brescia. Bossi gibt sich heute staatsmännischer als früher, aber nach wie vor fördert die Lega-Propaganda nachweislich Gewalt gegen Einwanderer aus Nicht-EG-Ländern und gegen Südtalitiner.

Italiens neue Rechte will an die Macht

Zum Programm der Lega Nord

Innenhalb weniger Jahre ist die Lega Nord, die frühere Lega Lombarda, die stärkste Partei in Norditalien geworden. Seit dem Juni 1993 regiert sie die Hauptstadt der Lombardei, die Wirtschafts- und Finanzmetropole Mailand. Bei den nächsten Parlamentswahlen, die möglicherweise um ein Jahr auf das Frühjahr 1994 vorgezogen werden, rechnet sie damit, zu den drei stärksten Parteien zu zählen und parlamentarische Mehrheiten für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Vor wenigen Tagen hat sie die Forderung nach einer Volksabstimmung über die föderalistische Aufteilung Italiens in die politische Debatte geworfen.

Der Aufstieg der Lega geht mit dem Niedergang der seit dem Krieg regierenden Christdemokraten (DC), dem Verschwinden der Sozialistischen Partei Craxis (PSI) und großen Veränderungen im oppositionellen Lager einher. Was will die Lega und woher röhrt ihr Erfolg? Manches wird aus den Stationen ihrer Entwicklung deutlich.

In den achtziger Jahren: „Ethnischer Föderalismus“

Offiziell gegründet wurde die Lega als *Lega Autonomista Lombarda* im April 1984, nachdem sie schon einige Jahre als kleiner Zirkel existiert hatte. Für die Propaganda dieser Zeit typisch war der Aufruf des Gründungskomitees: „Lombarden! Egal welchen Alters Ihr seid, welche Arbeit Ihr macht, welcher politischen Richtung Ihr anhängt: Das Wich-

tige ist, daß Ihr, daß wir alle Lombarden sind ... Dieses unser grundlegendes gemeinsames Interesse ist die Befreiung der Lombardei von der gefäßigen und ersticken Hegemonie der zentralistischen Regierung in Rom auf dem Weg der lombardischen Autonomie im größeren Zusammenhang der padano-alpinen Autonomie. Es ist eine Frage des Überlebens — ethnisch, kulturell, wirtschaftlich ...“ (1)

Ihre Kritik des italienischen Nord-Süd-Gegensatzes und ihre politischen Forderungen waren zunächst ethnisch



geprägt — auf der einen Seite das angeblich produktive, europäische „Lombardische“, auf der anderen das angeblich bürokratische, parasitäre, europaferne „Südländische“. Nicht nur im Süden, auch im Zentrum und im Norden galt die Lega deshalb jahrelang als indiskutabler Haufen ungehobelter Rassisten. Die Kritik an der Lega blieb aber immer schwach, und die Behörden gingen gegen die Lega nicht vor, obwohl ihre Theorie und Politik das Aufkommen von pogromhafter Gewalt begünstigt hat — zunächst gegen Arbeiter aus Südtalien, die im Norden leben, in den letzten Jahren gegen Einwanderer aus Nord- und Zentralafrika.

Die Mitgliederzahl der Lega blieb in den achtziger Jahren mit einigen tausend Mitgliedern relativ niedrig. In ihrer Struktur blieb die Lega bis heute faktisch

eine „Führerpartei“ um den Gründer und Vorsitzenden Umberto Bossi. Parteidiskussion war und ist, was Bossi sagt; eine interne Parteidiskussion fand nach eigener Darstellung der Lega so gut wie nicht statt, um nicht Anlaß zu Spaltungen zu geben. (Die Abspaltungen, die dennoch immer wieder vorkamen, haben den Aufstieg der Bossi-Gruppierung aber nicht ernstlich gehemmt.) Die Parteidiskussion ist undemokatisch, Parteileitungen wurden jahrelang von Bossi eingesetzt. Stimmrecht hatten lange Zeit nur die „Mitglieder der ersten Stunde“.

Nach Wahlerfolgen: „Republik des Nordens“

Dennnoch fühlte sich die Lega Ende der achtziger Jahre von einem Protest gegen „die in Rom“ spürbar nach oben getragen. 1987 errang sie einen Sitz im Parlament, und Bossi wurde in den Senat gewählt — im Rückblick eine wichtige Etappe, um den Ruch einer nicht wählbaren Schlägertruppe loszuwerden. Das Wahljahr 1990 brachte dann einen stürmischen Stimmenzuwachs, zunächst vor allem in der Lombardei.

Bossi reagierte darauf mit einer programmatischen Wendung: Um die Kräfte für eine Abspaltung des Nordens zu vergrößern, bezog sich die Lega nicht mehr allein auf die Lombardei, sondern auf alle Regionen der *Padania*, der Ebene, also auch den Piemont und Venetien, sowie angrenzende Regionen wie Ligurien und die Emilia-Romagna. 1991

wurden die verschiedenen autonomistischen Ligen dieser Regionen in der *Lega Nord* zusammengefaßt. Das politische Ziel wurde nun die *Republik des Nordens* bzw. die Aufspaltung Italiens in drei „Makroregionen“ Nord, Mitte und Süd.

Auch ideologisch schwenkte die Lega vom lombardisch-ethnischen Föderalismus auf einen „Föderalismus auf sozialökonomischer und kultureller Basis“ (Bossi) um: Wegen der großen Wanderungsbewegungen sei das Ethnische („Lombarde“) nicht mehr das bestimmende Element, sondern die Makroregionen bildeten sich über gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Eigenheiten (Produktivität und europäische Kultur einerseits, bürokratische Wirtschaft und byzantinische Kultur andererseits ...). Der offen völkisch begründete Föderalismus wurde ersetzt durch einen scheinbar geglätteten sozialökonomischen, der aber nach wie vor rassistischen Theorien Raum läßt.

Bei der Parlamentswahl 1992 wurde die Lega viertstärkste Partei des Landes mit nunmehr 55 Abgeordneten und 25 Senatoren; bald darauf stärkste Partei im Norden. Die Ziele der Lega rückten mehr und mehr in den Bereich des politisch Möglichen. Die Programmatik der Lega wurde nun in eine Form gebracht, die regierungsfähig und im In- und Ausland hinnehmbar erscheinen soll, ohne die secessionistischen Ziele aufzugeben. Dazu beruft sich die Lega jetzt bei der Begründung ihres Staatskonzepts der Makroregionen auf die Beispiele der US-, der Schweizer und besonders der deutschen Verfassung. Diese Berufung



Aufruf der einflußreichen Mittelstandsvereinigung der Lega gegen das Steuersystem vor dem Parlament, Juli 1993.

Zimbabwe

Widerstand gegen Landreform

Die Landreform in Zimbabwe gerät unter erheblichen Druck durch weiße Siedler und durch Regierungen und Kapitalisten der westlichen Staaten.

Vor knapp einem Jahr hat das zimbabwische Parlament ein Gesetz beschlossen, das die Enteignung von Land gegen eine Entschädigung ermöglicht, damit dieses Land an afrikanische Bauern vergeben wird. Im Mai 1993 veröffentlichte das zuständige Ministerium eine Liste von etwa 70 Privatfarmen, die insgesamt über 150000 Hektar kultiviertes Land verfügen, die enteignet und unter etwa 100000 Kleinbauern aufgeteilt werden sollen. Unter den Enteigneten sind nicht nur weiße Siedler und Unternehmen, sondern auch schwarze Politiker, die diese Farmen nach der Befreiung billig erworben haben. Die meisten Einwohner Zimbabwes betrachten die Enteignungen nur als ein Schritt zur Rückgabe des Landes, das ihnen die weißen Kolonialisten und Siedler in den letzten hundert Jahren raubten.

Frühere Landreformen in Zimbabwe waren durch das Lancaster-House-Abkommen über die Unabhängigkeit aus dem Jahr 1981 nur sehr beschränkt möglich. Das Abkommen verbietet Enteignungen der weißen Farmer und gab nur „ungenutztes“ Land zur Verteilung an die landlosen afrikanischen Bauern frei. Deshalb sind auch zwölf Jahre nach Erringung der Unabhängigkeit die kolonialen Siedler im Besitz von über 80 % des

fruchtbaren Landes, nach wie vor sind die afrikanischen Bauern in die unfruchtbaren Gebiete abgedrängt.

Die weißen Farmer bezeichnen das Land-Beschlagnahme-Gesetz als illegal, denn es läßt keine Möglichkeit der Klage gegen die Enteignungsbeschlüsse zu. Ein Gericht hat trotzdem die Klage eines Landeigentümers gegen die Enteignung angenommen und die Enteignungsverfügung — und das gesamte Land-Beschlagnahmungs-Gesetz — als illegal bezeichnet. Die Regierung erklärt, sie werde sich an diese Gerichtsentscheidung nicht halten. Die Landfrage müsse dringlich gelöst werden.

Ende August sagte die kanadische Regierung eine Reise des zimbabwischen Industrieministers nach Kanada ab mit der Begründung, unter diesem Landesetz wollten kanadische Unternehmer nicht investieren. Auf diese Drohungen erwiderte Mugabe: „Wenn jene, die in Zimbabwe investieren wollen, die Maßnahmen in der Landfrage, die wir getroffen haben, für unfair halten, sollten sie nicht kommen.“

Quellen: *Newsweek*, 9.8.93, *FAZ*, 24.8.93 — (uld)

Norwegen

Rotes Wahlbündnis gewinnt Sitz

Bei den Parlamentswahlen am 13. September 1993 hat die norwegische Bevölkerung den großen Parteien kräftig in die Suppe gespuckt.

Einerseits hat sie deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Fortsetzung der bis-

herigen Regierung wünscht. Diese, die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Ap), erreichte mit knapp 37 % die meisten Stimmen. Ihre Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hat den EG-Beitritt vorbereitet.

Andererseits hat die norwegische Bevölkerung noch viel deutlicher gemacht, daß sie einen EG-Beitritt ablehnt. Über 10 % (auf 16,8 %) hat deshalb die eher konservative Zentrumspartei (Sp), die ihren Wahlkampf gänzlich auf EG-Gegner ausrichtete, zugelegt. Jeder vierte Wähler dieser Partei — so eine Meinungs-Umfrage — wird ihr den Rücken kehren, wenn die EG-Sache erledigt ist.

Zwei weitere Anti-EG-Parteien haben Stimmen verloren. Die Sozialistische Linke (SV) wegen ihres Schmuckurses mit der Arbeiterpartei, indem sie lang und laut über eine Koalition mit ihr nachdachte und so in ihrer Haltung zur EG schwammig wurde. Die Christliche Volkspartei hatte im letzten Parlament dem EWR-Vertrag (Unterwerfung der Efta-Länder unter EG-Beschlüsse) zugestimmt.

Eindeutige Verlierer der Wahl sind jedoch die Rechten. Die bürgerlich-konservative Partei der Rechten verlor 5,2 % und landete bei nur noch 17 %. Die meisten Stimmen verlor die nationalistische Fortschrittspartei, die vor vier Jahren mit 13 % erschreckte. Sie erreichte jetzt nur — aber immer noch — 6,3 %. Allerdings sind viele Themen, die früher nur von diesen beiden Parteien zur Sprache gebracht wurden, wie z. B. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, heute von der Ap übernommen.

Zum erstenmal erreichte das Rote Wahlbündnis (RV), in dem die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens (AKP) mitarbeitet, einen Parlamentssitz über einen ihrer Osloer Kandidaten. Landes-

weit erhielt das RV 1 %, in Oslo 5,1 % und in drei Osloer Stadtteilen wurde es zweitstärkste Partei.

Jetzt wird es erstmal spannend im neuen Parlament. Es stehen Hunderte von EWR-Richtlinien auf der Tagesordnung, denen das Parlament zustimmen muß. Sie bereiten Norwegens Beitritt in die EG vor. Die EG-Gegner im neuen Parlament haben jetzt weit mehr als das erforderliche Viertel, um Grundgesetzänderungen zu verhindern.

Quelle: *Klassekampen* Nr. 9/93 — (ccs)

VR China

Volkssport Grabraub

Ist Kunstraub in China ein Volkssport, wie das Hamburger Institut für Asienkunde zu melden weiß?

Chinesische Zeitungen schreiben von mehr als tausend professionellen Grabräubern und Antiquitätenmuggern allein in Xian, in dessen Umgebung 72 Kaisergräber und 1240 kaiserliche Grabmäler gelegen sind. Zwischen 1987 und 1990 nahm die Xianer Polizei 3440 Verhaftungen deswegen vor, die Dunkelziffer wurde auf 70 % geschätzt. Im gleichen Zeitraum wurden in einem einzigen Landkreis derselben Provinz 4500 alte Gräber geplündert. Die Behörden nehmen an, daß die gesamte Bevölkerung daran beteiligt war.

Ist dieser „Volkssport“ eine neue Erscheinung? Nach *China aktuell* zwingt die heutige Wirtschaftspolitik mit zu hohen Abgaben und zu niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte die Bauern zu solchen Plünderungen.

Das ist mindestens eine kurzsichtige Erklärung. Als im Jahr 1986 bei Xian das 2500 Jahre alte Grab eines Vorfahren des Ersten Kaisers von Archäologen geöffnet wurde, entdeckten sie im Mauerwerk der unterirdischen Grabkammern 240 Löcher von eingedrungenen Grabräubern samt einiger Schädel von Leuten, die den Rückweg aus der Tiefe nicht mehr geschafft hatten. Rund alle zehn Jahre einmal wurde also in dieser einen Grabanlage nach Schätzen gegraben. Das chinesische Sprichwort, das sagt: „Breche ein Grab auf, und du bist über Nacht reich“, traf wohl nur auf den ersten von 240 zu, falls der es überlebt hat.

Grabräuberei in China ist tatsächlich ein traditioneller „Nebenerwerb“, vielleicht wie es im alten Europa die Wilddieberei war. Während der Kulturrevolution war Kunstraub für kurze Zeit verschwunden, danach kehrten die chinesischen Bauern wieder zu ihren alten Sitten zurück. Das wird nicht viel schneller zu ändern sein als die Wildschützerei der europäischen Vergangenheit. — (W. Buchenberg)

Frankreich

Streiks und Betriebsbesetzungen

Die Gewerkschaften fordern, Balladur soll mit einem Stop der Privatisierungen für den staatlichen Sektor ein Zeichen setzen gegen die zunehmende Erwerbslosigkeit.

„In achtundvierzig Stunden werden mehr als 20000 Stellenstreichungen be-

seit andere Länder ist aber nur vordergründig. So sieht die Lega z. B. keinerlei soziale Verpflichtung auf eine Angleichung der Entwicklung und der Lebensverhältnisse in den föderierten Makroregionen vor, sondern unterstellt schroff soziale und wirtschaftliche Spaltung. Dazu paßt der Rest der Programmatik, ein radikaler Liberalismus, der durch keine sozialen Rücksichten gehemmt werden soll. Die Entwicklung im Süden soll allein durch privates Kapital erfolgen, das durch Steuervorteile und Niedriglöhne mobilisiert werden soll. Gewerkschaften sollen in Kooperation mit den Unternehmern betrieblich passende Löhne aushandeln. Einwanderer sollen nur noch mit einem fertigen Arbeitsvertrag ins Land kommen usw.

Im Hintergrund: Die Europäische Gemeinschaft

Die Gründung einer *Lega Centro* und einer *Lega Sud* sowie einer Gesamt-Lega Italia Federale im Mai 1993 sollen die Lega als gesamtitalienische Kraft darstellen. Tatsächlich sind die Ligen in der Mitte und im Süden bisher nicht über 1% hinausgekommen. Aber von deren Erfolg hängt das Projekt Lega als Abtrennung des reichen Nordens in Wirklichkeit auch nicht ab.

Viele Faktoren nationaler und internationaler Art haben zu dem Erfolg der Lega (und damit auch zur übrigen politischen Veränderung) beigetragen. Vieles spricht dafür, daß die Formierung der EG dabei einen entscheidenden Faktor darstellt.

Es ist vor allem das kleine und mittlere Eigentum und das Managementpersonal, das seit dem Ende der achtziger Jahre in hellen Scharen von DC und PSI zur Lega übergetreten ist. In den neunziger Jahren hat sich die Wählerbasis der Lega zwar in die Lohnabhängigkeit, politisch in den Bereich der traditionellen Linkswähler, hinein ausgedehnt. Und auf der anderen Seite kommen auch aus dem Bereich der Konzerne (z.B. der Agnelli-Stiftung von Fiat) Signale der Öffnung für die Lega.

Nach wie vor stehen aber die alten und neuen Mittelschichten sozial und politisch in der Lega im Mittelpunkt. In diesen Klassen sind zahlreiche Erwartungen zerstört oder bedroht. Die Vorstellung, daß Fiat und andere Konzerne in den osteuropäischen Ländern stürmisch expandieren und den ganzen Schweif von kleineren und mittleren Unternehmen mitziehen, ist an der Krise in diesen Ländern gescheitert. Die industrielle Produktion ist deutlich zurückgegangen, und Italiens Stellung in der EG ist schwächer geworden. Aber auch die po-

litischen Vorstellungen von einem starken Italien, das im Mittelmeerraum dominiert und mit diesem Gewicht in der EG eine führende Rolle spielt, sind erschüttert. Der italienischen Expansion auf dem Balkan ist mit der neuen Großmacht BRD ein unerwarteter und übermächtig erscheinender Konkurrent erwachsen. Dieser Konkurrent setzt zusammen mit Frankreich vor allem die Maßstäbe der EG-Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik, die in einer früher undenkbaren Art und Weise auf Italien durchschlagen. Keine Haushaltsumwandlung und Finanzdebatte im Parlament, die nicht durch Vorgaben aus der EG bzw. von der deutschen Bundesbank bestimmt ist. Und ständig die Furcht, in der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion der EG nicht zur ersten Garde zu gehören: Der Begriff, der sich dafür im fußballbegeisterten Italien herausgebildet hat, ist der „drohende Abstieg in die Serie B“, die zweite Liga; ein Gefühl allgemeiner Bedrohung für die eigene starke Stellung, das vom Lager des Eigentums in die Gesellschaft ausstrahlt.

Hieraus dürfte sich auch die Heftigkeit der Abrechnung mit den Regierungsparteien DC und vor allem PSI erklären. Gerade Craxi hatte als Ministerpräsident die totale Modernisierung des Landes propagiert und für den Fall des Scheiterns mit dem Ausschluß aus der europäischen Spitze gedroht. Diese Horrorvision erscheint mehr und mehr real, und viele haben sich daraufhin von den (Regierungs-)Parteien und dem Zentralstaat abgewendet, der Abhilfe schaffen sollte und nicht gebracht hat. Jetzt soll die Abstoßung dieses Zentralstaats und des Südens den Norden um so schlagkräftiger machen.

Aus den neuen internationalen Bedingungen der EG wird auch erklärlich, wieso eine rechte Bewegung wie die Lega (im Unterschied zum traditionellen italienischen Faschismus) nicht für ein Großitalien eintritt. Die engere Anbindung des italienischen Nordens an die anderen hochentwickelten Wirtschaftsräume der EG läßt den Süden — jedenfalls für einen Teil des Kapitals — als Teil einer staatlichen Einheit entbehrlicher werden. In diesem EG-Zusammenhang gesehen, entpuppt sich Bossis vehementer Antizentralismus auch als vordergründig und allein auf die Begründung von Sezession berechnet. Die Lega plädiert nämlich schon heute dafür, die Kompetenzen, die einem Zentralstaat neben den Makroregionen bleiben sollen, gleich auf den EG-Zentralapparat zu übertragen.

Quellenhinweise: (1) Umberto Bossi/Daniele Vimercati, *La RIVOLUZIONE — La Lega: storia e idee*. Milano 1993; (2) Bossi/Vimercati, *Vento dal nord — La mia Lega, la mia vita*. Milano 1992 — (rok)

Erstes Programm von 1982

„Die Bewegung nimmt sich die Eröberung der vollständigen Autonomie der Lombardei vor mit dem sich daraus ergebenden Recht auf Selbstregierung und Selbstverwaltung der Wirtschaft, der Finanzen, der Schule, des Gesundheitswesens, der Fürsorge, der Justiz und der öffentlichen Ordnung.“

Innsbesondere tritt sie ein für: 1. die Umwandlung des italienischen Staats in eine Konföderation autonomer Regionen; 2. den Zuwachs der direkten Demokratie mit Volksbegehren und Volksabstimmung; 3. die Dezentralisierung von Entscheidungsmacht auf Provinzen und Kommunen; 4. öffentliche Ausschreibungen nur auf regionaler Basis; 5. Sozialwohnungen und allgemein subventioniertes Bauen in der Lombardei nur für Lombarden; 6. wirksame Gesundheitsversorgung, Fürsorge und Rentenwesen auf regionaler Ebene; 7. Steuererhebung nach regionalen Rechtsvorschriften; 8. eine Industrialisierung, die der Verfügbarkeit lokaler Arbeitskraft angepaßt ist; 9. Beschäftigungsgarantie für lombardische Arbeiter mit Vorrang — innerhalb der Lombardei — über die aus anderen Regionen; 10. die Schaffung einer wirtschaftlichen Abstufung, die die Rückkehr der Einwanderer zu ihrem Herkunftsland fördert; 11. die Unterstützung und Ankurbelung der lombardischen Landwirtschaft mit Verteidigung des landwirtschaftlichen Bodens vor öffentlicher und privater Spekulation; 12. einen besonderen Schutz des Handwerksunternehmens, das wegen seiner produktiven Eigenarten zur Lösung der Beschäftigungsprobleme, die aus der Automatisierung der Industrie folgen, beitragen kann; 13. die Wiedergewinnung des lombardischen kulturellen und sprachlichen Erbes und seine Verbreitung über die Schule . . .“ (1)

Bossi über Wirtschaftspolitik

„Die Lega will die privilegierte Beziehung Staat-große Industrie umstürzen, um an die erste Stelle die Interessen und Ziele des kleinen und mittleren Unternehmens zu setzen; nicht weil die großen Gesellschaften nicht wachsen und gedeihen können und sollen, sondern weil der soziale Block an der Regierung nicht derjenige der großen (Kapital-)Familien sein darf, sondern der der kleinen Pro-

und die freie Konkurrenz fördert“. (1) „Die zentrale Frage der Gewerkschaft in einem System föderalistischer freier Wirtschaft ist also die Revolution der Lohnstruktur; in diesem Sinn ist der Gegensatz nicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, sondern einmal mehr zwischen produktiven Bereichen und staatlicher Bürokratie, zwei Polen im Kampf um die Aufteilung des Nationaleinkommens. Es ist also nichts Seltsames daran, wenn auf föderaler Ebene Gewerkschaften existieren können werden, in denen Unternehmer und Abhängige zusammenarbeiten, vereint in der Auseinandersetzung mit der wahren Gegenseite, dem Staat. Sie werden sich wiederum in regionale und betriebliche Filialen aufteilen, um die Einkommensbedingungen zu diskutieren, die sehr wohl unterschiedlich sein können von einem Bereich zum anderen, von einem Unternehmen zum anderen“.

„Darüber hinaus wird die Reorganisation von Renten und sozialen Diensten erlauben, ein goldenes Prinzip sozialer Gerechtigkeit anzuwenden: das unverzichtbare Minimum für alle, das Übrige für den, der den Dienst bezahlt, den er erhält“. (1)

Einwanderung

„Wir können nicht mit allen solidarisch sein. Wie ich sagte, reichen die Ressourcen leider nicht. Man muß in eine bestimmte Richtung zielen und jemand zugunsten von jemand

anderem opfern. Nun, die Lega vertritt, daß man vor allem mit dem eigenen Volk, den eigenen Leuten solidarisch sein muß. Wir vertreten, daß ein Staat mit fast eineinhalb Millionen Milliarden (Lire) Schulden die eigene Solidarität nicht an andere Gesellschaften adressieren kann . . . Was zählt, ist, daß die Einwanderung in Italien eine bezüglich der Bedürfnisse des Produktionsapparats völlig unabhängige Variable ist. Die Vorschläge der Lega zielen darauf, diesen Zusammenhang wiederherzustellen“. (2)

Steuern an Rom? Nein danke — ein zentrales Thema der Lega. — Der Partename und das Parteisymbol (ein Krieger von Legnano vor dem Profil der Lombardei) beziehen sich auf den lombardischen Städtebund Lega Lombarda, der 1176 bei Legnano dem deutschen Kaiser Friedrich Barbarossa im Kampf um Stadtrechte eine militärische Niederlage beibrachte.

duzenten sein soll, die in den föderalistischen Einrichtungen den maßgeschneiderten Gesprächspartner finden. Technisch gesehen orientiert sich die Lega-Politik an den Prinzipien, die die Kommission der EG im Dokument über die „Industriepolitik in einem offenen und konkurrierenden Umfeld“ fixiert hat“.

Gewerkschaften, Sozialpolitik

„Allgemein wird eine weite Deregulierung angewandt werden müssen, die die Unternehmeraktivität vereinfacht, ihre Kosten niederrückt, die Exporte

anziehen. Darüber hinaus wird die Besetzung solange fortzuführen, bis die Produktion wieder aufgenommen wird. Fischer ist der drittgrößte französische Produzent für Tieftkühlkost in der Region Paris. 1991 wurde Fischer von dem deutschen Unternehmen Schöller, das zum Oetker-Konzern gehört, aufgekauft. Zunächst war den Beschäftigten angekündigt worden, Schöller wolle im Hinblick auf Maas-

tricht ein Bein in Frankreich haben und die Produktion erweitern. Vor den Ferien wurde die Produktion verdreifacht, die Lager gefüllt. Danach erhielten alle 180 Beschäftigten die Kündigung. Schöller hatte beschlossen, das Unternehmen zu schließen.

Die Beschäftigten sprechen von „Gangster-Methoden“, hochmoderne Einrichtungen wurden zerstört und Fertigprodukte in die Kanalisation gegossen, um der Schließung nachzuholen. Die Gewerkschaft CGT hat zu dem Vorgehen erklärt: „Was die Deutschen interessiert, ist unsere Klientel und unsere Erträge. Sie haben entschieden, uns zu liquidieren, um den Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen. Aber wir werden sie nicht machen lassen.“ Die Beschäftigten werden von den regionalen Gewerkschaften der CGT und CGC in ihrem Kampf unterstützt. — (map)

Schweiz

Konzessionen an die Kapitalisten

In der Schweizerischen Maschinenindustrie gibt es seit kurzem einen sogenannten Krisenartikel im Gesamtarbeitsvertrag, der den Kapitalisten Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung gestattet.

Die Stahlfirma Von-Roll in Gerlingen war die erste: Sie will ab Anfang 1994 die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 42,5 Stunden erhöhen. Dies ist möglich, weil der zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag erstmal einen Krisenartikel

enthält, der einer Firma in wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Verlängerung von Arbeitszeit und Lohnsenkungen zugesteht. Die Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen hatte der Mehrarbeit (bei gleichbleibendem Lohn) zugestimmt, um angedrohten Stellenabbau abzuwenden.

Der Krisenartikel ist in den Gewerkschaften umstritten. Während der Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft (SMUV) durch ihre Präsidentin Christiane Brunner erklärt, der Krisenartikel stelle keinen Freipass für beliebige Verschlechterungen dar, sondern diene im Gegenteil der Erhaltung bisheriger Errungenschaften, kommt aus der Gewerkschaft Bau und Industrie heftige Kritik. Der Präsident Vasco Pedrina: „Ein Gesamtarbeitsvertrag ist wie ein Damm, der Schutz bieten muß. Wenn auch nur ein Loch drin ist, nützt er nichts mehr. Es beginnt alles zu rutschen.“

Die Tatsachen geben ihm recht, der Druck der Kapitalisten nimmt zu. So berichtet der Zürcher *Tages-Anzeiger*, daß bei der Swissair, das Bodenpersonal künftig länger arbeiten muß und bei Lohnerhöhungen und Zulagen schlechter gestellt wird; daß Buchhändler nach der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages mit Lohnkürzungen und weniger Ferien rechnen müssen; daß im Detailhandel in Zürich die sowieso schon niedrigen Mindestlöhne nach Vorstellungen des Verbandes Zürcher Handelsfirmen noch weiter gesenkt werden sollen bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit.

Der Gewerkschafter Pedrina hält daher Konzessionen in Art des Krisenartikels für unauglich: weder würde dadurch die Konjunktur belebt noch die die Beschäftigungsprobleme gelöst. — (alk)



Mit mehrtagigen Protestaktionen, Straßenblockaden und Kundgebungen setzen französische Bauern auch vergangene Woche ihren Widerstand gegen die Agrarpolitik der Regierung fort. Die Bauern wehren sich gegen wei-

Lega Nord: Dokumente



duzenten sein soll, die in den föderalistischen Einrichtungen den maßgeschneiderten Gesprächspartner finden. Technisch gesehen orientiert sich die Lega-Politik an den Prinzipien, die die Kommission der EG im Dokument über die „Industriepolitik in einem offenen und konkurrierenden Umfeld“ fixiert hat“.

Gewerkschaften, Sozialpolitik

„Allgemein wird eine weite Deregulierung angewandt werden müssen, die die Unternehmeraktivität vereinfacht, ihre Kosten niederrückt, die Exporte

Bleiberecht für Roma, keine Einzelfallprüfung!

Stuttgart. Die etwa 120 Roma, die nach langem Protestmarsch und zahllosen behördlichen Schikanen im DGB-Heim Vöhrenbach (Schwarzwald) bis zum 15. September Zuflucht fanden, sind wieder akut von Abschiebung bedroht. Trotz zahlreicher Gespräche mit dem baden-württembergischen Innenministerium konnte bislang kein Abschiebestopp erreicht werden.

Da das Innenministerium Paßkontrollen und damit direkt Abschiebung angekündigt hat, konnten die Roma ihre geplante Veranstaltungsreise nicht unternehmen. Die Gruppe ist seit einigen Tagen in Stuttgart, führt Veranstaltungen und Aktionen durch.

Zu der von Innenminister Birzele (SPD) angebotenen Einzelfallprüfung und der Medienkampagne gegen Sprecher und Unterstützer sagen die Roma folgendes:

„Wir wollen nicht in Verfolgung und Kriegsgefahr zurückgeschickt werden. Und wir hoffen, daß wir unsere bundesweiten und internationalen Bemühungen für alle Roma von hier aus fortsetzen können. Auch ein Innenminister weiß nicht im voraus, welche Chancen für uns bei den europäischen Instanzen abzusehen sind. Wir bitten ihn nur, uns einen Aufschub zu gewähren, damit wir diese Chancen überhaupt wahrnehmen kön-

nen. Es wird öffentlich behauptet, daß wir durch Jaspar Demirov und deutsche Unterstützer gezwungen werden, die Einzelfallprüfungen abzulehnen. Das ist falsch. Wir alle haben so entschieden. Ein großer Teil hat nach unserer Aktion in der Stiftskirche Tübingen 1990/91 die Erfahrung gemacht, daß Einzelfallprüfung für uns Roma Abschiebung bedeutet ... DGB und Kirchenvertreter haben unsere Position zur Kenntnis genommen und akzeptiert.“

Der DGB-Landesvorsitzende Pommerehne setzt sich weiterhin für die Roma ein. Die VVN/BdA fordert den Innenminister auf, seinen Handlungsspielraum auszunutzen und eine Duldung zu gewähren oder zumindest die aktuell drohenden Abschiebungen auszusetzen.

Der Waldheimverein Clara-Zetkin-Haus, wo einige Menschen aus der Gruppe beherbergt werden, fordert ebenfalls wenigstens eine halbjährige Duldung. Besser solle der Innenminister darauf hinwirken, daß die Roma entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 behandelt werden und ihnen von den deutschen Behörden Flüchtlingspässe ausgestellt werden.

Quelle: Pressemitteilungen der Süddeutschen Roma-Union, Schreiben der VVN und des Waldheimvereins — (evc)

Gegründet: Linke Liste Niedersachsen

Hannover. Knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 12 Orten Niedersachsens haben am 11.9. auf der 3. Landesweiten Konferenz einstimmig die „Linke Liste Niedersachsen“ (LLN) gegründet, Politische Erklärung und Satzung beschlossen, einen siebenköpfigen Vorstand gewählt sowie — bei einer Enthaltung — die Beteiligung mit einer Landesliste an den Landtagswahlen am 13. März 1994 beschlossen. Diese Liste wird auf der Landes-MV am 6.11.93 aufgestellt, zuvor sollen örtliche Versammlungen ihr Votum abgeben.

„Seit Oktober 1992 bereiten wir, Mitglieder von kommunalen Linken Listen und Alternativen Listen, verschiedenen linken Gruppierungen, Initiativen und Parteien, antifaschistischen Organisationen sowie Einzelpersonen, die Bildung einer linken Liste in Niedersachsen vor. Stützen konnten wir uns auch auf Erfahrungen bei den Kommunalwahlen 1991, wo es trotz unterschiedlicher Theorie- und Organisationsansätze gelang, gemeinsame programmatische Positionen zu erarbeiten, Wahlverbindungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu gründen, zusammen zu kandidieren und auch Mandate zu erhalten. Unsere Bemühungen, die Handlungsfähigkeit linker Politik durch Kooperation zu fördern, sind nicht so erfolgreich, wie wir uns das wünschten. Gleichwohl haben wir beschlossen, als Personenbündnis, entsprechend dem Parteiengesetz, die Linke Liste Niedersachsen zu gründen und uns an den Landtagswahlen 1994 zu beteiligen.“ (Dieses sowie alle weiteren Zitate aus: Politische Erklärung der Linken Liste Niedersachsen)

„Wir können kein geschlossenes Programm vorlegen, sind uns aber in zentralen Punkten der Kritik der herrschenden Politik einig. Wir treten ein:
— für Völkerverständigung und Nicht-einmischung — gegen imperialistische Aggression und Krieg,
— für menschenwürdiges Leben und ein Dasein ohne Not — gegen Ausbeutung und soziale Verelendung,
— für die Gleichstellung aller und das Recht auf Teilnahme an Politik und Kultur — gegen Entrichtung, Diskriminierung und Elitedenken,
— für ein uneingeschränktes Recht auf Bildung in allen Altersstufen in einem demokratischen, unentgeltlichen, öffentlichen Bildungssystem — gegen Auslese und soziale Privilegien,
— für die politische, soziale, sexuelle Selbstbestimmung der Frau — gegen eine patriarchale Gesellschaft, die Herrschaft von Männern über Frauen und die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt,
— für eine humane und solidarische Ge-

sellschaft — gegen Faschismus, Rassismus und Barbarei,
— für Demokratie, Selbstverwaltung, sozial nützliche und ökologisch verträgliche Produkte — gegen Konzernwirtschaft und Zentralismus,
— für selbstbestimmtes Leben und das Recht auf Widerstand — gegen Unterdrückung und Bevormundung,
— für Internationalismus und das Recht der Völker auf ihren eigenen Weg — gegen Kolonialismus und die Ausplünderei der Welt durch die kapitalistischen Metropolen.“

Die Linke Liste Niedersachsen setzt sich kritisch mit der SPD/Grünen-Landesregierung auseinander:

„Die ‚ökologische und soziale Wende‘ in Niedersachsen, die von Grünen und SPD nach dem knappen Wahlsieg über die Albrecht-Regierung 1990 versprochen wurde, ist gescheitert. Stattdessen wurde sich an der Annexion der DDR beteiligt und vieles für die ‚neue Rolle Deutschlands‘ geopfert ... Der vorhandene Spielraum, den die SPD/Grüne-Landesregierung hat, wird von ihr zunehmend dazu genutzt, die ansässigen Konzerne politisch und finanziell zu pappeln ...“

„Wir wollen mit einer Linken Liste Niedersachsen gegen faschistische Formierung, reaktionäre Mobilisierung, wirtschaftsliberalen Ellenbogen-Kapitalismus und sozialdemokratische Unterordnung auftreten und die öffentliche Auseinandersetzung suchen. Wir wollen verhindern, daß faschistische Organisationen 1994 in den Landtag einziehen und damit die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig beeinflussen. Wir wollen verhindern, daß offen-reaktionäre Politik neuerlich die Landesregierung stellt. Wir wollen Beiträge zur Überwindung der Herrschaft des Kapitalismus und für eine darüber hinausgehende Entwicklung leisten. Wir wollen, daß der antikapitalistische und außerparlamentarisch wirkende Widerstand öffentlichen Einfluß findet auch und gerade durch eine Wahlbeteiligung ...“

Bereits vor der Gründung hatten der BWK Niedersachsen/Bremen, die DKP Niedersachsen, die MLPD Bezirk Nord, die PDS/Linke Liste Kreisverband Hannover sowie die Volksfront Niedersachsen erklärt, daß sie die Bildung eines Wahlbündnisses unterstützen. Der Landesvorstand der PDS/Linke Liste Niedersachsen/Bremen hat sich bisher leider noch nicht für eine Unterstützung der Linken Liste Niedersachsen entschieden. Auf der Landesmitgliederversammlung am 10.10.93 wird ein Antrag des Kreisverbandes Hannover vorliegen, daß der Landesverband der PDS/LL die Kandidatur der Linken Liste Niedersachsen unterstützen soll. — (mio)

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Um der Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung von Irmgard Möller Nachdruck zu verleihen, ruft ein Bündnis zu einer Demonstration am 9.10. in Lübeck auf. Im Oktober findet die Anhörung statt, bei der über Freilassung oder weitere Inhaftierung von Irmgard Möller, einer Gefangenen aus der RAF, entschieden wird. Diese ist seit 21 Jahren Haft, lange Zeit unter schärfsten Isolationsbedingungen. — Das Düsseldorfer Oberlandesgericht hat nach der Anhörung von Stefan Wisniewski, Gefangen aus der RAF, zu lebenslänglich verurteilt und seit 15 Jahren in Haft, entschieden, daß dieser erst in fünf Jahren zu entlassen sei. Das OLG begründete die damit also 20jährige „Gesamtstrafe“ vor allem mit der „Schwere der Schuld“. (Quelle: Angehörigen Info 128 — (sc))

Entlassungen bei Thyssen: Kompromißerreicht

Duisburg. 7000 Stahlarbeiter aus allen Thyssen-Standorten demonstrierten am 15.9. in Duisburg-Beeck. Sie protestierten gegen die Absicht des Vorstandes von Thyssen-Stahl, bis September 1994 10000 von 35000 Beschäftigten wegzurationalisieren. Ausdrücklich hatte der Konzern mit betriebsbedingten Kündigungen gedroht, die es in der Stahlindustrie seit Einführung der Montanmitbestimmung nicht mehr gegeben hat. Diese Drohung ist in der Form inzwischen vom Tisch. Vorstand und Betriebsrat einigten sich auf die Ausdehnung des bestehenden Sozialplans auf 53- und 54-jährige Beschäftigte. Außerdem sollen 2200 jüngeren Beschäftigten Qualifizierungsmaßnahmen und „freiwillige“

Aufhebungsverträge nahegelegt werden. Durchgesetzt hat sich der Vorstand mit dem Ansinnen, die jährliche, außertarifliche Sonderzahlung von 500 DM für drei Jahre auszusetzen und das Weihnachtsgeld für Werksrentner zu streichen. — (wof)

Offener Brief an Ministerpräsidentin Ciller

Waldkirch. Der Freundeskreis Stephan Waldberg nimmt den Besuch der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller am 20./21. September in Bonn zum Anlaß, erneut die Freilassung des seit fast einem Jahr inhaftierten Journalisten Stephan Waldberg sowie die Einhaltung der Pressefreiheit in der Türkei zu fordern. Die Familie Stephan Waldbergs fragt die Ministerpräsidentin, ob sie sich für die Freilassung verwenden werde und erinnert daran, daß Staatspräsident Demirel bereits vor vier Monaten anlässlich des Kohl-Besuchs eine „grundätzliche Bereitschaft für eine zufriedenstellende Lösung“ geäußert habe.

Quelle: Pressemitteilung des Freundeskreises, Offener Brief der Familie vom 15.9. — (evc)

Antifaschistische Aktionen auf breiter Basis

Hamburg. 2000 bis 3000 demonstrierten am Wahlabend, kaum daß die Wahllokale geschlossen hatten, unter der Lösung „Kein Fußbreit den Faschisten“ durch die Innenstadt in die Nähe des Rathausmarktes, den starke Polizei- und BGS-Einheiten hermetisch abriegelt hatten. Dort führte das Bündnis „Nein zu faschistischen und rassistischen Parteien“ eine zweistündige Kundgebung durch, um den Protest gegen den hohen Stimmenanteil von REP und DVU, gegen ihre Förderung durch die staatlichen

Institutionen und gegen die allgemeine Rechtsentwicklung so lautstark wie möglich öffentlich zu machen. Am gleichen Abend demonstrierten rund 120 Menschen in Bergedorf gegen den Einzug der DVU in die Bezirksversammlung (die REPs haben den Einzug in zwei Bezirksversammlungen erreicht). In Farmsen versammelten sich ca. 200 vor einem Lokal, in dem die REPs eine Wahlfeier durchführten. Den Demonstrationen vorhergegangen waren vielfältige antifaschistische Aktionen gegen den massiven Wahlkampf der Faschisten. Allein an der Verhinderung faschistischer Plakatwerbung müssen sich in ganz Hamburg Hunderte von Menschen beteiligt haben — kaum ein Plakat von DVU, REPs oder NL hing länger als einige Stunden. NDR-Beschäftigte protestierten, weil sie sich nicht als Wahlhelfer der Faschisten mißbrauchen lassen wollten; NL-Aufmärsche wurden durch Gegenmobilisierung verhindert. ein REP-Lautsprecherwagen durch Taxi-Blockade gestoppt ... — (sc)

Nazi-Werbespots verbieten?

Kiel. In einem Gespräch mit dem Radiosender Deutschlandfunk hat sich schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Simonis gegen ein generelles Verbot von Wahlwerbspots rechtsradikaler Parteien ausgesprochen. Sie forderte allerdings, sie gegebenenfalls aufgrund inhaltlicher Gesichtspunkte zu verbieten. Wenn die neofaschistischen Organisationen den kostenlosen Zugang zu den Medien für aggressive, menschenverachtende oder rassistische Hetzpropaganda mißbrauchen, sollten ihre Spots verboten werden können. Man darf gespannt sein, ob den Worten Taten folgen werden. — (wop)



Kurdische Frauen: Hungerstreik erfolgreich

Köln. 19 Tage lang, vom 23.8. bis 10.9., protestierten etwa 100 kurdische Frauen auf der Domplatte mit einem öffentlichen Hungerstreik gegen die anhaltenden Massaker der Türkei an der kurdischen Bevölkerung und gegen die deutsche Waffenhilfe. Bei Gesprächen mit örtlichen Frauenorganisationen (SPD, DGB, Grüne, Autonome u.a.) stießen sie auf viel Unterstützung. Jetzt soll eine Delegation deutscher Frauen nach Kurdistan reisen, um die Menschenrechtssituation in den kurdischen Gebieten mit eigenen Augen zu prüfen und über die Folgen der deutschen Militärhilfe zu berichten. — (rül)

Jubiläum „100 Jahre Mädchen-Gymnasium“ gerät zur Elitefeier

Karlsruhe. Am 16. September 1893 wurde in Karlsruhe vom „Frauenverein Reform“ das erste Mädchengymnasium in Deutschland gegründet. Hedwig Kettler und Anita Augspurg, die für diesen Verein die Eröffnung der Schule durchführten, polemisierten darnals heftig gegen „Bildungssurrogate“, mit denen Mädchen abgespeist wurden. „Bildungsfreiheit nun wollen wir versuchen zu schaffen, wir wollen der Frau ermöglichen, ihre geistigen Fähigkeiten so zu entwickeln wie der Mann. Wir glauben, daß kein Mensch das Recht hat, seinem Nebenmenschen, auch wenn dieser eine Frau ist, vorzuschreiben: Bis hierher entwickelst du dich, aber um keine Linie weiter; bis hierher denkst du, aber um keinen Gedanken weiter ...“ (Zitat aus der Eröffnungsansprache) Der badische Landtag hatte als einziger dem Projekt keine schroffe Absage erteilt, die Stadt Karlsruhe die Räumlichkeiten gestellt. Mit 200 DM jährlichem Schulgeld war dann die Tochter aus gutem Hause dabei.

100 Jahre später veranstaltete die Stadt Karlsruhe einen Festakt zum Jubiläum. Die Bundesministerin für Frauen und Jugend, Merkel, ließ ein Grußwort auslegen, die baden-württembergische Kultusministerin steuerte in ihrer Rede schnell auf die Frage, ob man wieder weg solle von der Koedukation, hin zu reinen Mädchengymnasien, nachdem „im Großen die Gleichberechtigung

durchgesetzt“ sei. Schulversuche zu Physikunterricht nur für Mädchen seien gescheitert. Besondere Lehrplan-Anweisungen zur Berücksichtigung der Interessen der Mädchen seien in Arbeit. Bei gleichzeitigen massiven Kürzungen der Finanzmittel für die Schulen sind Zweifel gebracht.

Eine Geschichtsprofessorin aus Konstanz, Ute Frevert, entwarf ein Bild des 19. Jahrhunderts, in der sich das gesellschaftliche Klima zugunsten Frauenbildung wandelte u. a. aufgrund der „Katastrope der mittellosen bürgerlichen Töchter“. Die Erwerbsfähigkeit der Frauen sollte verbessert werden, auch sollte Bildung als bessere Rüstung für die weibliche Bestimmung in Familie und an der Seite des bürgerlichen Karrieremanns dienen. — Die Frauen im „Frauenverein Reform“ wollten anderes. Anita Augspurg z. B. kämpfte auch für das Wahlrecht der Frauen und wurde wegen ihres politischen Engagements 1933 aus Deutschland ausgebürgert.

Zum aktuellen Pädagogikstreit über die Koedukation stellte die Professorin lediglich fest, daß Frauenfragen gesellschaftsfähig geworden seien, „mit Frauen ist Staat zu machen“. Sie warnte vor zu viel Jubel und Weife anlässlich des Jubiläums und zitierte A. Augspurg: „Die Gerechtigkeit gegen unser Geschlecht bricht sich nur langsam Bahn.“ Mit der abschließenden Bernerkung, daß 1985 95 Prozent der Geschichtsprofes-

soren männlich waren und 1992 1,4 Prozent der Väter Erziehungsurlaub beantragt hätten, überließ sie dem Publikum das Weiterdenken.

Kein Wort fiel über die im letzten Jahrhundert erkämpfte allgemeine Schulpflicht, über Bildung als Privileg, über die gesellschaftliche Wirklichkeit der Masse der Kinder und dort vielleicht insbesondere der Mädchen weder vor 100 Jahren noch heute. Die einzigen Worte über die Wirklichkeit außerhalb der Schulen waren diffuse Angriffe auf männliches Verhalten z. B. im Familienverband oder auf weibliche Unfähigkeit. Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, und nicht etwa auf Anforderungen der Konzerne an die Arbeitskraft, egal ob männlich oder weiblich. Auf diese Weise ist das ganze zu einer Elite-Veranstaltung mit selbstzufriedener Nabelschau, was doch nicht alles für die Frauen getan werde, verkommen. Die geäußerten Standpunkte blieben oft hinter denen der Gründerinnen des ersten Mädchengymnasiums zurück.

So ein Jubiläum wäre kein schlechter Anlaß gewesen. Benachteiligung, Unterdrückung und Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts anzugehen und auf diese Weise den gesellschaftlichen Ursachen dieser Diskriminierung auf die Spur zu kommen, aber kritische Töne in dieser Richtung waren kaum zu hören. Vielleicht ändert sich daran doch etwas. — (end)



Esen. An der Gedenkstelle für sowjetische Kriegsgefangene an der Gerlingstraße in Essen wurde am Antikriegstag ein Blumenbukett niedergelegt. Rund 300 Leute, mehr als in den letzten Jahren, hatten vorher unter der Losung „Bundeswehr in alle Welt – Wir sagen Nein!“ demonstriert. — (wof; Foto: J.R.)

Rep-Bundesparteitag: Rep setzen auf Gerichtsurteil

Karlsruhe. Ohne formelle Abstimmung billigte der Rastatter Gemeinderat die Entscheidung von OB Walker, die Badner Halle am 31. Oktober und 1. November 1993 nicht für den Bundesparteitag der Rep zur Verfügung zu stellen. Stattdessen findet eine Veranstaltung „Rendez-Vous – Tete à Tete“ statt. Der Landesgeschäftsführer der Rep im Stuttgarter Landtag hat jetzt mitgeteilt, daß die Rep vor dem Karlsruher Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung auf Überlassung der Badner Halle erwerben wollen und noch in diesem Monat mit einer positiven Entscheidung des Gerichts rechnen. Dies sei auch nötig, um die „satzungsmäßigen Einladungsfristen zu wahren.“ Sollte das Gericht dem Antrag der Rep folgen, hätten sie einen weiteren wichtigen Markstein bei der Etablierung einer faschistischen Partei gesetzt. Immerhin kämen die Rep dann ganz ohne Vertragwerk zu den Räumlichkeiten. Der hinterstozige Hinweis auf die Ladungen soll wohl auch beitragen, das Image von der gewandelten und geläuterten zur demokratischen Partei vor Gericht zu pflegen. — (map)

Schluß mit den Kronzeugenprozessen!

Stuttgart. Das Regionaltreffen Süd der Infobüros ruft für Samstag, den 25. September, 10 Uhr zu einer Demonstration in Stuttgart auf: „Wir wollen mit der Demonstration den Forderungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand Nachdruck verleihen und unseren Widerstand gegen die Kriminalisierung und Vernichtung von Widerstand auf die

Straße bringen.“ Der Aufruf fordert u. a. die Einstellung aller neuen Verfahren gegen Gefangene aus der RAF, die Freilassung von Ingrid Jacobsmeier, gegen die seit Mai in Stammheim der zweite Prozeß läuft, die sofortige Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen, Freiheit für alle politischen Gefangenen. Quelle: Aufruf der Infobüros — (evc)

CDU-Rechtsaußen schließt Koalition mit REP nicht aus

Kiel. Gegen den „Geissler-Kurs“ und für die „Wertkonservativen“ in der CDU macht sich der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU, Uwe Greve, stark. Der Aufforderung des CDU-Landesvorsitzenden Ottfried Hennig, die Partei zu verlassen, entgegnete er Ende der vergangenen Woche, entweder gebe die CDU den „Wertkonservativen“ „neue Chancen inhaltlicher und personeller Mitwirkung“ oder sie dulde eine „konservative Partei“ neben sich. Zwar liege ihm am meisten daran, daß die CDU ihre Probleme „selbst“ löse. Nichtsdestoweniger aber hält er das Nachdenken über eine mögliche Koalition mit den „Republikanern“ für legitim, wenn sie sich zu einem „akzeptierten Koalitionspartner“ mausern sollten. Mit der Einstufung als „rechtsaußen“ in der CDU durch Hennig könne Greve leben, denn der CDU-Vorsitzende Ottfried Hennig selbst habe als Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen viele Jahre lang mit einer gleichen Einordnung leben müssen. Die Landsmannschaft mobilisiert seit Monaten gegen den 2+4-Vertrag und fordert von der Bundesregierung ein Deutschland in den Grenzen von 1937. — (bma, nach Lokalberichte Kiel)

München: Gauweiler verfehlt die Mehrheit

München. CSU-Umweltminister Gauweiler wollte den amtierenden Bürgermeister Ude in die Stichwahl zwingen. Es konnte in diesem Fall mit den Stimmen der Reps rechnen und mit dem Sog, den der Erfolg ausübt. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, obwohl die Gefahr groß war. Die CSU faßt das Ergebnis auch nicht als strategische Absage der Wählerschaft auf. Sie verweist darauf, daß das CSU-Ergebnis für München hoch ist und, wenn die Proportionen bleiben wie bisher, sich daraus eine absolute Mehrheit der CSU im Lande errechnen läßt. Ministerpräsident Stoiber hat im Anschluß an die Gauweiler-Wahl mehrfach vertreten, daß die Wahlkampfführung genau richtig gewesen sei. Die CSU-Landtagsfraktion beschloß auf ihrer jüngsten Klausurtagung, den von Gauweiler entwickelten polarisierungswahlkampf bei den anstehenden Wahlen fortzusetzen. Auch Funktionäre der CDU zeigten sich von dieser Art der Wahlkampfführung beeindruckt. Der in München gepropte Polarisierungswahlkampf wird vermutlich keine Einzelrscheinung bleiben.

In dieser Art Wahlkampf wird gezielt versucht, die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Beziehungen der Bürger zum Staat ideologisch autoritär auszuführen. Der Mitmenschen in seinen vielfältigen Erscheinungsformen wird als Gefahr herausgearbeitet, als wirtschaftliche Gefahr, weil er auf meine

Kosten schmarotzt, als Gefahr für Leib und Leben, weil er nicht besticht oder sonstwie um das Meine bringt, als politische Gefahr, weil er spinnige Ideen anhängt, die mein Fortkommen hindern.

Der Staat ist in diesem Weltbild da, um den Erfolgreichen in einer Welt von Miesmachern, Neidern und Spinnern den Weg zu bahnen. Ganz automatisch schmeichelt diese Art von Wahlkampfführung den Reichen und verbessert ihr gesellschaftliches Bild. Vielleicht auch deswegen flossen die Spenden so bereitwillig und in so breiten Strömen. Diese Art Wahlkampf vereint Arm und Reich in der Furcht vor dem Mitmenschen.

Es ist sehr interessant, daß diese Angstmacherei, je länger sie dauerte, um so deutlicher eine Gegenreaktion hervorgerufen hat. Unter Begriffen wie dem der solidarischen Stadtgemeinschaft konnte sich die Opposition gegen Gauweiler sammeln. Eine andere Sicht des Mitmenschen und eine andere Aufgabenbestimmung der öffentlichen Einrichtungen führen dazu, daß sich das Bedürfnis nach einer anderen Politik konkretisiert. In der Kommunalpolitik, in Fragen wie Verkehr, Wohnen, Sozialdienste usw., muß sich aber erst noch erweisen, daß die von Ude als OB mitvertretene Politik nicht bloß eine neue Variante ist, die Geduld und die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung zur Finanzierung der Probleme der Reichen zu strapazieren. — (dil, maf)

Proteste gegen Haushaltsskürzungen Bald Bündnis von Grünen und ÖTV?

Köln. Die Aktionswoche von Selbsthilfegruppen, Arbeitslosenzentren, Wohlfahrtsverbänden, Frauengruppen, kirchlichen Einrichtungen und vielen anderen Initiativen und Gruppen gegen die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich noch in diesem Jahr müßte den Kölner-Ratsmitgliedern eigentlich deutlich gezeigt haben, daß die Empfehlungen des Chefs der Stadtverwaltung, Oberstadtdirektor Ruschmeier (SPD), von den Betroffenen abgelehnt werden. Mehrere tausend Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Kinder, Jugendliche, Frauen und alte Menschen haben an den Aktionstagen gezeigt, daß sie diesen Plänen der Stadtverwaltung entgegentreten wollen. Vielfach haben sie erklärt, daß die angekündigten Kürzungen die Beseitigung von Treppenpunkten, Unterstützungsgruppen und gegenseitiger Hilfsmöglichkeiten bewirken werden. Die Demonstration am Samstag, dem 11. September, war mit etwa 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein erfolgreicher Abschluß dieser Aktionswoche.

Schade, daß die Gewerkschaften nicht dabei waren. Die ÖTV erklärte, daß sie ihre Forderungen noch nicht abschließend diskutiert habe. Sie fanden nicht richtig, wenn gesagt werde, im Sozialbereich dürfen nicht gekürzt werden, dafür aber in anderen Bereichen. Wäre es nicht doch schlauer gewesen, wenn sich die ÖTV mit den Sozialhilfegruppen zusammengesetzt hätte? Jetzt greift der besagte Oberstadtdirektor die Beschäftigten frontal an. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* veröffentlichte ein Interview, in

dem er einen massiven Angriff auf die Tarifverträge ankündigte.

Die Kölner ÖTV protestiert

Die ÖTV erklärte dazu: „Entschieden weist die ÖTV Köln Überlegungen des Kölner Oberstadtdirektors zu einer angeblichen Flexibilisierung des Tarifsystems im öffentlichen Dienst zurück. Die Ausführungen Ruschmeiers sind dazu geeignet, Beschäftigte der Stadtverwaltung zu diffamieren. Was Ruschmeier in diesem Zusammenhang verbirgt, daß innerhalb der Stadtverwaltung derzeit die Zweckmäßigkeit der Mitgliedschaft der Stadt Köln im kommunalen Arbeitgeberverband geprüft wird. Die Tatsache, daß diese Prüfung überhaupt stattfindet, weist darauf hin, daß die Stadt nicht ausschließt, diese Tarifgemeinschaft zu verlassen. Dann allerdings sind erhebliche Konflikte mit der ÖTV vorprogrammiert.“

Die Grünen

Und während die Rats-SPD, in stillschweigendem Einverständnis mit CDU und FDP, eine soziale Kahlschlagpolitik betreibt, besinnen sich die Kölner Grünen offenbar auf ihre Entstehung aus politischen und sozialen Bewegungen und verweigern dem Sozialabbau ihre Zustimmung. Und sie verharren nicht in dieser Verweigerung, sondern legen eigene Vorstellungen zur kommunalen Finanzpolitik vor, in denen sie ihre politischen Prioritäten auch im Sozialbe-

reich setzen. Die Linke kann diese Entwicklung nur begrüßen, entspricht sie doch in vielem ihren Forderungen.

Dennoch sollten an fortschrittlicher Kommunalpolitik Interessierte den grünen Katalog kritisch unter die Lupe nehmen: Immer wieder schimmert in den grünen Vorschlägen ihre Vorliebe für die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen durch. Erfahrungsgemäß können nur profitable Dienstleistungen an private Träger übergeben werden, die Stadt würde also nichts gewinnen. Oder ein privater Unternehmer übernimmt eine unrentabel arbeitende Dienststelle der Stadt und macht sie gewinnbringend — auf Kosten der dort Beschäftigten, d.h. der schwächsten unter ihnen. Dies kann kein Ziel linker Kommunalpolitik sein.

Die Tendenz, auf Kosten der bei der Stadt arbeitenden Menschen zu sparen, taucht ebenfalls wiederholt im Entwurf auf. Mit Sicherheit ist eine Reform der Verwaltung überfällig, eine solche Maßnahme kann aber nur mit den städtischen Bediensteten, ihren Personalvertretungen und der Gewerkschaft erfolgen. Eine „Reform“ auf dem Rücken des Personals müssen Linke ablehnen. Zu kritisieren ist auch, daß sich die Vorschläge der Grünen in keiner Weise gegen das große Geld richten. So soll (einstweilen) weder die Gewerbesteuer erhöht werden, noch werden die Großbetriebe und die großen Kaufhäuser zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs herangezogen, obwohl gerade sie davon profitieren. — (jöd, tri, uld)



3000 demonstrierten gegen Haushaltsskürzungen

Foto: Herby Sachs/transparent

Hamburger Hafen: Die Auseinandersetzungen werden härter

Hamburg. In den letzten Jahren war es der ÖTV und den Betriebsräten im Hamburger Hafen fast immer gelungen, die Einhaltung der Betriebsvereinbarungen und der Tarife durchzusetzen. Auch bei Entlassungen waren die Kapitalisten in der Regel bereit, durch hohe Abfindungen ältere Hafenarbeiter auf freiwilliger Basis zum Ausscheiden zu bewegen. Es gab praktisch keine erzwungenen betrieblichen Entlassungen. Es sieht so aus, als ob diese Zeiten vorbei sind und die Zeiten härter werden.

So erfuhren etwa 160 Kollegen der Firma August Wigger, die in dem Bereich Ladungskontrolle, Distribution und Containerpacken tätig ist, Mitte September von einem Tag auf den anderen, daß sie entlassen werden, weil Konkurs angemeldet wurde. Angekündigt hatten sich die Schwierigkeiten bereits vorher, weil die Löhne vom August nicht gezahlt wurden. Die betroffenen Kollegen müssen davon ausgehen, daß über die ausstehenden Lohngehalter hinaus keinerlei Konkursmasse mehr vorhanden ist, um eventuelle Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes zu zahlen. Durch die Übernahme bzw. Neugründung von verschiedenen Firmen hatte der Geschäftsführer Röwe, der in den Tarifverhandlungen auf Arbeitgeberseite als Verhandlungsführer auftauchte, die Gewinne so beseitigt, daß die Hafenarbeiter nun von heute auf morgen arbeitslos sind.

Beim großen Containerterminal Eurogate versuchte die Geschäftsleitung, eine Betriebsvereinbarung über eine Ablösungsregelung anzugreifen. Die Containerbrückenfahrer müssen zwei Stunden arbeiten und werden dann für zwei Stunden abgelöst. In der Zwischenzeit dürfen sie mit bestimmten Aufgaben beschäftigt werden, aber halt mit vielen Aufgaben, wie z. B. Zugmaschinenfahrer, nicht.

Deshalb ist für die Brückenfahrer in den zwei Stunden wegen Ablösung oft Pause. Das sollte beseitigt werden. Zusätzlich gab es einen Vorstoß über flexiblere Einsatz am Wochenende. Bis her wurden die Kollegen für Überstunden am Wochenende für den Einsatz auf ein bestimmtes Gerät bestellt. Jetzt wurde nur die Zeit bestellt, und der Einsatz erfolgte je nach aktuellem Bedarf. Das konnte dann sowohl lohnmäßig als auch arbeitsmäßig ein Unterschied sein.

In Übereinstimmung mit dem Betriebsrat arbeiteten die Kollegen plötzlich in bezug auf Sicherheitsfragen nach Vorschrift. Die Zugmaschinen fuhren im Schrittempo. Die Containertransporter senkten und hoben die Container nicht mehr während der Fahrt, sondern nur im Stillstand. Rückwärtsfahren erfolgte auch bei gutem Überblick nur mit einem Einweiser, der über Funk angefordert werden muß. Die Umschlagsproduktivität sank um etwa 50 %, und nach drei Tagen drohte die Geschäftsleitung mit Entlassungen, wenn dieser Boykott nicht aufgegeben wird. Das Geschäftsleitungsmittel und Mitbesitzer Thomas Eckelmann war bei einer Versammlung von 300 Hafenarbeitern zur Diskussion nicht bereit und rastete gerade aus, als ihm vom Betriebsratsvorsitzenden eine Frage gestellt werden sollte.

Damit waren die Fronten klar. Entweder wurde jetzt gekuscht und man brauchte die nächsten fünf Jahre nichts mehr zu fordern, oder man setzt sich durch und die Geschäftsleitung wird in Zukunft vorsichtiger sein.

Mittlerweile wurden die Schiffe mit zwei Schichten Verspätung abgefertigt. Die Kollegen hielten am Dienst nach Vorschrift fest. Auch die Gesamthafenarbeiter, die bei Eurogate im Einsatz waren, reihten sich in diese Aktion ein.

Die Aktion dauerte nicht einmal eine Woche, da kapitulierte die Geschäftsleitung. Sie versicherte der Belegschaft, daß sie die Betriebsvereinbarung Ablösungsregelung nicht antastet, und sie wird in Zukunft am Wochenende die Überstunden wieder funktionsbezogen bestellen. Das heißt, jeder weiß vorher, welche Arbeit er bei Überstundenarbeit am Wochenende machen soll und auch in welcher Lohngruppe er eingesetzt wird. So zeigte es sich, daß eine Belegschaft, die sich organisiert und von ihrem Betriebsrat unterstützt wird, durchsetzen kann. — (obj)

Kurz berichtet**Berliner Initiativen gegen Arbeitsplatzverlust**

Die Vernichtung der industriellen Überreste der ehemaligen Industriestadt Berlin setzt sich fort. Nach der im großen und ganzen erfolglosen Kampagne der IG Metall „Berlin braucht Zukunft“ versuchen nunmehr einzelne Belegschaften, die Initiative zurückzugewinnen. Vor dem Weddinger Osram-Standort, der in zwei Jahren völlig aufgelöst werden soll, sind Mahnwachen aufgezogen. Der Betriebsrat der Fritz Werner Werkzeugmaschinen AG ruft mit Unterstützung der Tempelhofer IG Metall zu Montagsdemonstrationen vor dem Roten Rathaus auf. Belegschaftsvertreter der AEG-Werke aus Hennigsdorf und Spandau führen Aktionen gegen die Nichtberücksichtigung der AEG durch Bundesbahnaufträge durch. Die genannten Betriebe kommen alle bis auf AEG-Hennigsdorf aus dem Westteil der Stadt. Die Ostberliner Betriebe sind schon seit geraumer Zeit plattgemacht worden. Der Bau neuer Bürokomplexe für den Dienstleistungsbereich indessen schreitet voran. Allerdings steht Personaleinsparung auch bei Banken und Versicherungen auf der Tagesordnung, so daß immer unklarer wird, wer die riesigen Büroflächen anmieten soll. — (brr)

Parlamentsausschuß untersucht Treuhandtätigkeit

Auf mehrheitlichen Beschuß des Parlaments des Landes Brandenburg wurde, initiiert von der PDS/LL-Faktion, erstmals im Osten Deutschlands ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ins Leben gerufen, der die Politik und die Tätigkeit der Treuhand in Brandenburg untersuchen soll. Seine Aufgabe ist die Überprüfung der Tätigkeit der Landesregierung im Verwaltungsrat der Treuhand. Mitglied dieses Rates ist Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD). Der Antragsteller Heinz Vietze (PDS/LL) betonte, daß der Ausschuß die Gelegenheit böte, das Verhältnis von Wort und Tat der Regierung in bezug auf den Erhalt von industriellen Standorten und Privatisierung einer eingehenden Analyse zu unterziehen. Stolpe selbst begrüßte den Beschuß des Landtages, erklärte aber, daß die „Rechtslage Auskunft über Interna“ der Treuhand nicht gestatte. Die Mehrheit der SPD-Abgeordneten enthielt sich der Stimme, die FDP stimmte dagegen. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Brandenburg ist möglich, da laut Verfassung durch ein Fünftel aller Abgeordneten ein Ausschuß einsetzbar ist. Stolpe kann nun beweisen, welches Abstimmungsverhalten er im Verwaltungsrat der Treuhand gezeigt hat, als es um den Erhalt der Standorte Krupp in Oranienburg, Chemiefaserwerk Premnitz oder EKO Eisenhüttenstadt ging.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 3.9.93 — (abe)

Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismus

Berlin. Mehrere tausend Menschen beteiligten sich am Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung am 12.9. unter obigem Motto. Viele der etwa 150 aufrufenden Organisationen unterschiedlichster Art hatten Informationsstände aufgebaut. Auffallend war deren im Vergleich zum Vorjahr verstärkte politische Ausgestaltung. Erfreulich auch die Beteiligung von Gewerkschaften wie HBV, IG Medien, DGB Jugend Berlin-Brandenburg bzw. von Untergruppierungen wie ÖTV Jugendgruppe der Berliner Arbeitsämter oder Friedenskoordination der GEW. — (har)

Kommunalpolitik im ländlichen Raum

Vor allem in Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen wächst die Bedeutung dieser Thematik. Hat doch die PDS die Mehrzahl der damals knapp 10000 Mandate in den Kommunen und Kreistagen im ländlichen Raum errungen, andererseits aber gerade in kleinen Gemeinden heute oftmals ihr Mitgliederpotential verloren.

Aus diesem Grund führt die Bundestagsgruppe der PDS/LL und der Bundeavorstand der PDS am 16. Oktober einen Erfahrungsaustausch durch. Parallel werden in einer ganztägigen Veranstaltung in Neubrandenburg und in Markkleeberg bei Leipzig Diskussionen zur Parteiarbeit und kommunalpolitischen Tätigkeit der PDS in ländlichen Gebieten und zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Kommunalwahlen geführt.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils 10 Uhr und werden von den Mitgliedern des Bundestags Fritz Schumann (Neubrandenburg) und Barbara Höll (Markkleeberg) eröffnet. Zur Lage in den Kommunen — Forderungen, für deren Realisierung die PDS eintreten wird sprechen Uwe-Jens Rössel (Bundestagsgruppe) und Michael Friedrich (Mitglied des Sächsischen Landtages).

Zur Parteiarbeit und kommunalen Tätigkeit im ländlichen Gebiet sowie zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Kommunalwahlen sprechen Wolfgang Gehrke und Martin Harnack vom Bundesvorstand.

Die anschließende Diskussion wird von Helmut Holter (Landesvorsitzender der PDS Mecklenburg-Vorpommern) und Wolfgang Denecke (Wahlkampfleiter der PDS in Sachsen) geleitet.

Um diese Veranstaltungen herum wird es ein breites Informationsangebot über die PDS, Diskussionen und Stände geben.

Nochmal die konkreten Daten:
Sonnabend, den 16. Oktober 1993, 10 bis 16 Uhr im Centrum für Tourismus und Kongresse, Friedrich-Engels-Ring 52, Neubrandenburg und

Sonnabend, den 16. Oktober 1993, 10 bis 16 Uhr im Rathaus/Lindensaal in Markkleeberg.



Der Protestzug von 19 Männern und Frauen aus Bischofferode erreichte am 16. September sein Ziel, die Berliner Treuhandgesellschaft. Von der Berliner Arbeitsseminarin Bergmann abgesehen war niemand bereit, die Abordnung zu empfangen. Der stellv. Betriebsratsvorsitzende erklärte am Abend im Haus der Demokratie erneut zum Kampf in Bischofferode: „Wir sind nicht in den Arbeitskampf gezogen, um das System zu verändern, sondern weil wir gewiß sind, daß Bischofferode wirtschaftlich arbeiten kann. Wir haben Kunden in Nord- und Westeuropa, es liegt nicht an fehlenden Abnehmern. Die BASF will ein Monopol. Deshalb sollen wir schließen.“ Am Sonntag demonstrierten etliche tausend Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz ihre Solidarität mit den Bischofferodern. — (brr)

Neue Auskünfte über das ostdeutsche Mysterium

Daß in der Mitte Europas eine ganze Volkswirtschaft — die der ehemaligen DDR, die nicht kleiner war als die Polens, Tschechiens oder Ungarns, Spaniens oder Portugals — sich nicht nur in ein Nichts aufgelöst, sondern sich gar in einen bloßen Schuldenberg verwandelt haben soll, ist möglicherweise das bemerkenswerteste ökonomische Mysterium der Neuzeit.

Jedenfalls gab es vordem kein Beispiel dafür, daß innerhalb von drei Jahren das industrielle Potential eines Landes um zwei Drittel geschrumpft und gleichzeitig ein solcher Schuldenberg aufgetürmt wurde.

Von besonderem Interesse ist natürlich die Frage, wie die „Schuldenausgangslage“ zum Zeitpunkt des DDR-Anschlusses gewesen ist. Dies um so mehr, als in den Verlautbarungen der Bundesregierung immer deutlicher das Bemühen zu erkennen ist, diesen Schuldenberg als von der DDR in das vereinigte Deutschland mitgebrachtes Erbteil auszugeben, eben als „DDR-Erblast“, was dann auch in den offiziellen Sprachgebrauch — „Erblastfonds“ — eingeführt wird.

Gerade zu dieser Schuldenausgangslage hat es im März d. J. in Beantwortung einer größeren Zahl Kleiner Anfragen des Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Schumann und der Abgeordnetengruppe Linker Liste/PDS neue Auskünfte des Bundesfinanzministeriums gegeben.

Das Fazit: „Noch bis in die jüngste Vergangenheit war mit der These vom Ausverkauf der DDR der Eindruck vermittelt worden, die DDR verfüge netto über ein hohes volkseigenes Vermögen. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß die bereits Ende 1989 unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit stehende DDR in Wahrheit ein erhebliches Schuldenvolumen in die Einheit Deutschlands eingebraucht hat. Die in der Treuhandanstalt (THA) und dem Kreditabwicklungsfond bis Ende 1994 laufende Verschuldung wird sich nach heutiger Einschätzung in einer Größenordnung von rund 350 Mrd. DM bewegen.“ (Schreiben des Bundesministers für Finanzen vom 3. März 1993 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann „Zu den Zahlungsverpflichtungen der DDR am 1. 7. 1990“).

Nach diesen vom Bundesfinanzminister mitgeteilten Daten ist die DDR zum Stichtag der Währungsunion — 1.7. 1990 — mit folgender Verschuldung in das gesamtdeutsche Geldsystem eingetreten:

1. Auslandsverschuldung der DDR in westlichen Währungen: 31 Mrd. DM
2. Inlandsverschuldung des Staatshaushaltes gegenüber Banken: 3 Mrd. DM
3. Altschulden der THA Betriebe: 104 Mrd. DM
4. Schulden der Wohnungsunternehmen: 36 Mrd. DM
5. Schulden der Agrargenossenschaften: 8 Mrd. DM
6. Kosten der Währungsumstellung: 37 Mrd. DM

Insgesamt: 249 Mrd. DM

Dieser Schuldenberg ist weiter angewachsen. Die Neuverschuldung der THA werde bis Ende 1993 voraussichtlich 84 Mrd. DM betragen. Bis 30.11. 92 hatte die THA 39,4 Mrd. DM Altschulden ihrer Betriebe schuldenbefreiend übernommen, im Rahmen der Privatisierung 9,8 Mrd.; bei den bisher privatisierten Betrieben sind 4 Mrd. Altschulden verblieben.

Bei der Erörterung der Schuldenausgangslage muß auch die Ende vergangenen Jahres von der THA vorgelegte Eröffnungsbilanz (per 1.7.1990) in die Betrachtung einbezogen werden.

Danach ergaben sich Aktiva (aktiviertes Vermögen) in Höhe von 113,9 Mrd. DM und Passiva (Verluste, Risiken und Verbindlichkeiten) in Höhe von 323,5 Mrd. DM.

Für den Stichtag 1. Juli 1990 wird also bereits ein Minussaldo für das von der Treuhandanstalt übernommene DDR-Vermögen von 210 Mrd. DM angegeben.

Das ist mehr als das Doppelte der für diesen Stichtag angegebenen Altschulden der Treuhandbetriebe von 104 Mrd. DM, wobei auch noch alle zu diesem Zeitpunkt aktivierten Vermögenswerte bereits abgezogen worden sind. Noch einmal: Setzt man alle zum 1. Juli 1990

existierenden Vermögenswerte der Treuhandbetriebe vom mitgebrachten Schuldenberg ab, bleibt nach der Treuhand-Bilanz eine Schuld von 210 Mrd. DM. Das ist gemeint mit der Aussage: Die DDR hat keinerlei Vermögen, sondern nur Schulden in die Einheit eingebrochen.

Hierzu einige Fragen bzw. Anmerkungen:

— Ist das Unternehmensvermögen der Industrie, der Banken, der Versicherungen und des Handels mit 78,9 Mrd. DM in der Eröffnungsbilanz der THA nicht allzu niedrig veranschlagt? Weicht dieser Betrag nicht allzu stark von der Aussage des damaligen Präsidenten der THA, Detlef Rohwedder, ab, der im Oktober 1990 das Vermögen der Treuhandbetriebe mit etwa 600 Mrd. DM beiferte? Diese THA-Angaben unterscheiden sich in grotesken Größenordnungen von detaillierten Berechnungen über das DDR-Vermögen zum Zeitpunkt des Anschlusses, wie sie von den Professoren Christa Luft und Eugen Faude angestellt und z. B. in der *Berliner Zeitung* vom 23. Mai 1991 nachzulesen waren: Das Unternehmensvermögen der Kombinate, der Industrie und des Bauwesens der DDR wurde mit 625 Mrd. DM, allein deren Vermögen an Grund und Boden mit 320 Mrd. DM, angegeben.

— Wenn auf der Passivseite der Treuhandbilanz u. a. der Posten „Rückstellung für die Finanzierungskosten der Privatisierung, Abwicklung ...“ mit 215,3 Mrd. DM angegeben wird, liegt da nicht die Vermutung nahe, daß in dieser auf den Stichtag der Währungsunion bezogenen Bilanz nicht doch die Ergebnisse der THA bis zum Fertigstellungsdatum der Bilanz im „Vorgriff“ berücksichtigt wurden?

Und eben aus diesem Verkauf der Treuhandbetriebe wird die THA nach ihren eigenen Angaben — von den „Altschulden“ völlig abgesehen — einen Verlust von 300 Mrd. DM erwirtschaften.

Sicher ist dies der „harte Kern“ des Mysteriums vom Verschwinden einer Volkswirtschaft.

— Sind der Bundesregierung auch die zahlreichen Untersuchungen von Wirtschaftsinstituten und Wissenschaftlern darüber, daß die „Altschulden“ der DDR-Betriebe keine ökonomische, in jedem Falle keine marktwirtschaftliche Grundlage haben, gleichfalls nicht bekannt?

Im Wirtschaftsmagazin *DM* vom April 1991 zum Beispiel wäre darüber nachzulesen gewesen; oder in einer an der Abteilung Politische Wissenschaften des Massachusetts Instituts of Technology erarbeiteten Studie, in der zudem die Frage gestellt wird, warum die „internen Schulden der Planwirtschaft niemals bereinigt wurden“ (Horst Kern, *Aus einem Projekt über die Restaurierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. SOFI Mitteilungen, Nr. 19, Göttingen, Januar 1992*). In der Tat: Kreditaufnahmen waren zu DDR-Zeiten Planauflagen, sie hatten für den Betrieb kaum nennenswerte Auswirkungen.

Hat das demzufolge einem Dritten gegenüber irgendwelche Bedeutung? Oder anders: Wenn die BR Deutschland in die Rechte und Pflichten der DDR eintrat, damit auch deren Forderungen und Verbindlichkeiten übernahm, warum dann nicht sowohl in die Stelle des Staatsbetriebes als Schuldner wie zugleich in die Stelle der Staatsbank als Gläubiger? Wieso bleiben nur die Schulden übrig? Schulden dieser Art hätten einfach gezeichnet werden können und sollen.

Reale Schulden konnte ein Staat wie die DDR nur auf zweierlei Art aufnehmen: Durch Auslandskredite wie durch Spareinlagen der Bevölkerung bei staatlichen Finanzinstitutionen. Das heißt, die vom Staat DDR in die Einheit eingebaute Schuld beträgt 31 Mrd. DM Auslandsschulden plus 105 Mrd. DM Spareinlagen (nach Umrechnung in DM), insgesamt 146 Mrd. DM.

— Wie immer man an die Altschulden herangeht, bleibt immer noch die Frage: Warum wurden diese Schulden den einzelnen Unternehmen, den Treuhandbetrieben, den Wohnungsbauunternehmen und Agrarbetrieben angelastet, warum wurden sie nicht vom Bund übernommen? Und war nicht ebenso klar, daß durch diese Handhabung ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, ein noch

größerer Schuldenberg, den letztlich doch nur der Staat wird tragen müssen? Lohnt sich das alles vielleicht nur, um eine möglichst große „Erblast DDR“ vorzuführen?

— Wäre es nicht überhaupt ein Gebot elementarer Gerechtigkeit, wenn von den Schulden der DDR die Rede ist, auch von den Altschulden der BRD zu sprechen? Die Inlandsverschuldung der öffentlichen Haushalte der BRD betrug im Jahre 1990 rund 1100 Mrd. DM, die Schulden allein des Bundes 670 Mrd. DM. Dies bedeutet, daß die Altdeutsche mit einer öffentlichen Haushalt der BRD einzutreten, die Neubürgers mit einer Schuld von 9100 DM pro Person. Daß die neuen Bürgers die Altschulden der BRD mitgebracht haben, davon ist regierungsseitig niemals die Rede.

— Müssen in diesem Zusammenhang nicht auch die von der Bevölkerung der DDR erbrachten Reparationsleistungen genannt werden? Am 28. II. 1989 hatte Prof. Dr. Arno Peters, Bremen, auf einer Bundespressekonferenz einen „Reparations-Ausgleichsplan“ vorgelegt, der davon ausging, daß die DDR 98 Prozent der deutschen Reparationen an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gezahlt habe. Dies waren 16124 DM je Einwohner, während je BRD-Bürger 128 DM geleistet wurden. Insgesamt handelt es sich um eine Schuld von 700 Mrd. DM.

Und dieses Treugut muß man natürlich zurückgeben. „Wenn sich das Zurückgeben auch erübrigt hat, in Rechnung stellen sollte man dieses Treugut schon, wenn es um die Ermittlung der „Erblast DDR“ geht“. Diese Summe der Reparationsleistungen, über welche von Regierungsseite überhaupt nichts mehr zu hören war, verändert auf Grund ihrer Größe das gesamte Bild.

Man hätte sich auch eine ganz andere Schuldenausgangslage vorstellen können, als sie heute von der Bundesregierung gezeichnet wird:

- 1.) Eine halb so große Belastung der Ostdeutschen mit öffentlichen Schulden im Vergleich zu den Altdeutschen.
- 2.) plus der berechtigten Erwartung auf Privatisierungserlöse aus dem Verkauf des DDR-Staatsvermögens in Höhe mehrerer Milliarden DM, die natürlich auch vornehmlich den Ostdeutschen hätten zugute kommen müssen, wie dies der Einigungsvertrag ja auch vorsieht,
- 3.) plus der In-Rechnung-Stellung der von den Ostdeutschen für ganz Deutschland geleisteten Reparationen.

Auch ein anderes Herangehen wäre denkbar gewesen: Gegenwärtig werden erhebliche Transferleistungen vorgenommen, um die „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland zu schaffen. Das wird noch eine ganze Zeit so sein müssen, wenn — so wie bisher — die Deindustrialisierung Ostdeutschlands vorangetrieben und die Landwirtschaft abgemagert wird. So wäre es denkbar, daß sowohl die durch die Ostdeutschen erbrachten Reparationsleistungen nicht aufgerechnet als auch die mitgebrachten öffentlichen Schulden vergessen werden.

Aber so ist nicht verfahren worden. Nachdem von den versprochenen „blühenden Landschaften“, von dem versprochenen zweiten deutschen Wirtschaftswunder, das sich diesmal in Ostdeutschland ereignen sollte, nur bittere Erinnerungen geblieben sind, wird auf politisch kleinlichste, im Umgang mit wirtschaftlichen Daten um so „großzügigere“ Weise versucht, alte Rechnungen aufzumachen, darauf abzielend, die heutigen Schwierigkeiten allein der untergegangenen DDR anzuladen.

Und hierzu gehört vor allem, dieses Mysterium zu erklären, wie nahezu eine ganze Volkswirtschaft sich in weniger als Luft aufzulösen konnte. Aber auch dieses „Wirtschaftswunder auf dem Papier“ kann nicht gelingen, wie sich auch die Treuhandanstalt anstrengt.

Prof. Harry Nick, Berlin. Nach 1989 befähigt der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland und mit der Tätigkeit der Treuhandanstalt Berlin. Der Artikel wird leicht gekürzt wiedergegeben. Quelle: *Ostdeutsches Journal für Recht und Würde*, Nr. 7/8 1993, Hrsg. Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde, Berlin

Aenderung des Altschuldenhilfe-gesetzes im Bundestag beantragt

Die Abgeordneten Dr. Ilja Seifert und Dr. Gregor Gysi und der Gruppe PDS/Linke Liste stellen einen Antrag auf Eränderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes durch ein Altschuldenübernahme-Gesetz mit folgender Begründung:

Mit der Verabschiedung des Altschuldenhilfe-Gesetzes ist die Bundesregierung einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu ihrem Ziel, den „Markt“ als das bestimmende Moment auf dem ostdeutschen Wohnungssektor durchzusetzen gegangen. Für sie ist die Privatisierung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestände eines der wichtigsten wohnungspolitischen Ziele.

Mit dem Altschuldenhilfe-Gesetz wird die fatale Entscheidung des Einigungsvertrages, den gesamten Wohnungsbestand der DDR ins Vergleichssystem zu überführen und im großen Umfang zu privatisieren, zementiert. Während in der alten BRD von den seit 1949 insgesamt 19,4 Mio Wohnungen 7,5 Mio im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden, soll keine der 3,4 Mio in der DDR mit öffentlichen Mitteln gebauten Wohnungen den Status einer „Sozialwohnung“ erhalten. Die Zuflüsse aus dem DDR-Staatshaushalt für den Wohnungsbau wurden zu „Altschulden“ erklärt und mit überhöhten Zinsen (ca. 10-11 %) belegt, obwohl diese Verbindlichkeiten niemals als Schulden im Sinne bürgerlichen Rechts anzusehen waren. Die Bundesregierung hat ... die ursprünglichen Belastungen in Höhe von 31 Milliarden D-Mark durch das Gewähren von Zinsgewinnen für private Banken inzwischen fast verdoppelt. Die Menschen haben diese Wohnungen durch unfreiwilligen Lohnverzicht, der einen staatlichen Wohnungsbau ermöglichte, bereits einmal finanziert. Jetzt sollen sie nun ihre Wohnungen zum zweiten Mal kaufen.

Angesichts der insgesamt herrschenden Wohnungsnot, ... wird das zu sozialen Problemen in großem Ausmaß

führen. Deshalb der Antrag vom 15. 10. 1992, der die „Umwandlung der sogenannten Altschulden der Wohnungswirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern und in Ostberlin in Fördermittel des Bundes“ fordert.

Ausgangspunkt für Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen muß aber die Frage sein, ob die Privatisierung vorhandener Wohnungen die Wohnungsnot lösen hilft oder sie dadurch verschärft wird.... Aus der Befragung des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft e. V. per 31. 12. 92, in die 99 % des genossenschaftlichen und 95 % des kommunalen Wohnungsbestandes einbezogen waren, geht hervor, daß 1991 aus dem Bestand 7 135 Wohnungen verkauft wurden, davon nur 8,6 % an die Mieter. 1992 wurden 12 931 Wohnungen verkauft, davon 45,8 % an die Mieter. Tatsache ist:

1. Die Bedenken von Kommunalparlamenten, Bürgermeistern und Gemeindemitarbeitern gegen die Privatisierung kommunaler Wohnungen sind durchaus berechtigt, würden sie doch mit diesen Wohnungen ein Mittel aus der Hand geben, um entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag dringliche Wohnungsprobleme lösen zu können. Sie wissen inzwischen auch, daß westdeutsche Städte, die ihre ehemals belegungsgebundenen Wohnungsbestände abgestoßen hatten, jetzt Belegungsrechte für ein Mehrfaches der Verkaufserlöse zurückkaufen müssen.

2. Das Argument von der unzureichenden Beratung von Mietern ist falsch. Vielfach war es im Gegenteil so, daß Wohnungsverkäufe nur möglich wurden, weil die Mieter von windigen Geschäftsmachern belogen oder zumindest nicht ausreichend über Risiken, Folgeerscheinungen und tatsächlich zu erwartende Belastungen aufgeklärt worden sind. Das betrifft insbesondere den Fakt, daß sich nach dem Kauf einer Wohnung die monatlichen Belastungen gegenüber der Miete in der Regel auf 150 bis 200 Prozent erhöhen.

3. Von überhöhten Kaufpreisen kann keine Rede sein. Es war vielmehr so, daß bei den meisten Modellvorhaben Dumpingpreise gebildet worden sind, um überhaupt Erfolge melden zu können. Die jetzt genannten Preise von 1000 bis 2000 D-Mark je Quadratmeter sanierte Wohnung übersteigen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der meisten Haushalte der ostdeutschen Länder bei weitem. Viele ältere Kaufinteressenten scheitern an den Bonitätskriterien der Banken. Inzwischen wurden vor allem in Großstädten Quadratmeterpreise von 3000 bis 5000 D-Mark bekannt.

4. Soweit Verkäufe an den bisherigen Mieter zustande gekommen sind, waren als Kaufmotive die Angst vor künftigen Mietsteigerungen und dem Verlust der Wohnung durch Kündigung entscheidend. Diese Ängste werden offensichtlich bewußt geführt.

Das bestehende Altschuldenhilfe-Gesetz ist auch in weiteren Teilen fragwürdig. So erfolgt eine Teilentschuldigung nur auf Antrag. Sie ist damit verbunden, daß das Wohnungsunternehmen die rechtlich umstrittenen Schulden unwiderruflich anerkennt. Das laut BGB zustehende Recht auf Rückforderung wird mit dem Altschuldenhilfe-Gesetz aufgehoben. ... All dies schränkt angesichts der insgesamt bestehenden Wohnkosten die Möglichkeiten der Wohnungsunternehmen zu umfassenden Sanierungsarbeiten ein.... Es wächst der Zwang, zunehmend unsanierte Wohnungen zu verkaufen ... Fazit:

Mit diesem Altschuldenhilfegesetz wird Wohnungsnutz verschärft, anstatt Wege zu beschreiten, um das Menschenrecht auf Wohnung zu gewährleisten. Das Gesetz ist deshalb schnellstens zurückzuziehen und durch ein Altschuldenübernahme-Gesetz zu ersetzen. Hilfsweise wird vorgeschlagen, dieses Gesetz zu novellieren, um die ostdeutschen Wohnungsunternehmen zumindest von der verheerenden Privatisierungspflicht zu entbinden.

DAS OSTDEUTSCHE KURATORIUM DER VERBÄNDE RUFT AUF ZUR

PROTEST KUNDGEBUNG GEGEN

Massenarbeitslosigkeit, Tarifbetrug, Mietwucher, politische Strafverfolgung, Berufsverbote, Rentenungerechtigkeit, Diskriminierung der Frauen, Bildungs- und Kulturstiftung, Enteignung, Gewalt und Rechtsradikalismus!

SCHLUSS

mit der Politik der Demütigung! Gleiche Rechte, Chancen und Möglichkeiten für alle Bundesbürger!

SOLIDARITÄT

mit den sozial Schwachen und den ausländischen Mitbürgern in ganz Deutschland!

**am 2. OKTOBER
17 UHR • BERLIN • ALEX**
ab 14 Uhr Informationsstände und Kulturprogramm
Schriftsteller und Künstler signieren ihre Werke!

OSTDEUTSCHER BUNDESKONGRESS DER VERBÄNDE

2. Oktober 1993 • 10 - 16 Uhr • Filmtheater INTERNATIONAL • Karl-Marx-Allee 33 • 10178 Berlin
Unterstützt den konstruktiven Widerstand! Spendet auf das Konto 13 20 01 86 (GBM), BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse! Verbreitet dieses Plakat!

Die Mitglieder eines Kuratoriums der Verbände, das sich vor einem Jahr aus Unterzeichnern des Ostdeutschen Memorandums gebildet hatte, haben beschlossen, alle Organisationen, die sich nachdrücklich für die Wahrung der Interessen der Ostdeutschen einsetzen, zu einem Ostdeutschen Bundeskongress der Verbände am 2. Oktober 1993 nach Berlin einzuladen. Der Kongress soll sich nach dem Willen der Erstunterzeichner und Einladenden nachdrücklich an die Regierung, die Landesregierungen, die Parteien und an alle Parlamentarier Deutschlands wenden, alles zu tun, um Schluß zu machen mit der fortduernden Demütigung der Ostdeutschen, Verletzungen grundlegender Bestimmungen des Einigungsvertrages Einhalt zu gebieten, gleiche Rechte, Chancen und Möglichkeiten für alle Bundesbürger zu gewähren und sich besonders um die sozial Schwachen und um die ausländischen Mitbürger in ganz Deutschland zu sorgen. — (aus Pressemitteilung des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände i. G. Kontaktadresse: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Karl-Lade-Straße 29, 10369 Berlin. Siehe oben Aufruf zur Kundgebung)

Berlin: Urteil signalisiert mehr politische Prozesse

Am 17. 9. 93 fiel die 27. Große Strafkammer des Berliner Landgerichtes nach zehnmonatiger Verhandlung gegen die ehemaligen Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (NVR) Heinz Keßler, Fritz Streletz und Hans Albrecht ihr Urteil: siebenjahrhaft, fünfjährig bzw. vierjährig Jahre Haftstrafe. Gleichzeitig wurde Keßler und Streletz nach 28 Monaten Untersuchungshaft Haftverschonung gewährt (Albrecht war seit über einem Jahr von der Haft befreit). Damit wurde — zumindestens vorläufig — ein Schlußpunkt unter die seit Mai 1991, als Willi Stoph, Heinz Keßler, Fritz Streletz und Hans Albrecht während einer großen Polizeiaktion festgenommen wurden, laufenden Untersuchungen und die rund 60 Verhandlungstage gesetzt.

In einer 800 Seiten umfassenden Anklageschrift gegen Erich Honecker, Staatsfeind Nummer Eins, der erst nach einer langen „Verfolgungsjagd“ durch die Behörden der Bundesrepublik im Frühjahr 1992 in Gewahrsam genommen werden konnte, Willi Stoph, ehemaliger Ministerpräsident, Erich Mielke, ehemaliger Minister für Staatssicherheit, Heinz Keßler, Ex-Verteidigungsminister, Fritz Streletz, sein Stellvertreter und Sekretär des NVR und Hans Albrecht, langjähriger SED-Chef in Suhl, einen der Grenzbezirke der DDR zur BRD, wurde gegen sie der Vorwurf auf Anstiftung zur Tötung, später dann auf Totschlag, auf der Grundlage des angeblichen Schießbefehls an der DDR-Grenze erhoben. Es wurden ihnen 49 Todesfälle und 25 versuchte Tötungen zur Last gelegt. Später wurde die Anklage mehrfach reduziert, so daß schließlich noch sieben Fälle, von denen jeder einzelnen einer zuviel war, übrigblieben. Honecker, dessen Leberleiden seit dem ersten Verhandlungstag am 12. 11. 1992 mehr zur Debatte stand, als die Anklageschrift verlesen war, wurde später wie auch Stoph aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft

entlassen. Auch Mielke schied aus dem Prozeß wegen eines anderen gegen ihn laufenden Prozesses aus.

Die Anklage stand von vornherein auf wackligen Füßen, da der Vorwurf des Totschlags juristisch auf einer Äußerung Honeckers aus einer Sitzung des NVR im Mai 1974 beruhte, von der Schußwaffe sei an der Grenze weiterhin rücksichtslos Gebrauch zu machen. Authentisch ließ sich aber weder diese Äußerung rekonstruieren, noch war nachzuweisen, daß es an der Grenze BRD-DDR explizit einen Schießbefehl gegeben hat. Von vornherein wurde jedoch durch die Staatsanwaltschaft angestrebt, die Angeklagten als Kriminelle und Schwerverbrecher abzustempeln. Der Staatsanwalt legte Wert auf die Feststellung, die Angeklagten seien nicht als politische Gefangene, sondern als ganz gewöhnliche Straftäter zu behandeln, was den Versuch offenbart, diesen Prozeß als unpolitischen zu arrangieren.

Der gesamte Verlauf des Prozesses widerlegt diese Absicht: Von Beginn an war er eine Abrechnung mit dem DDR-System und die von der Staatsanwaltschaft schließlich beantragten hohen Strafen (zwölf Jahre für Keßler, z. B.), belegen, welcher politische Stellenwert diesem Prozeß zugeordnet wurde. Mit ihm kommt die angekündigte Prozeßwelle in Bewegung, denn die Verbeugung des Gerichtes vor der Staatsanwaltschaft signalisiert den Pilotcharakter dieses Prozesses. Mit diesem Urteil ist nun der Startschuß für weitere Verfahren gegeben. Die Zentrale Ermittlungsgruppe Regierungs- und Vereinigungs-kriminalität und Staatsanwaltschaft untersuchen, wie bekannt wurde, in über 1000 Ermittlungsverfahren. Die politischen Prozesse gehen weiter. Geschichten soll durch Justiz aufgearbeitet werden.

Dieser Prozeß war nicht rechtmäßig, denn er ignorierte die geschichtliche Situation, in der die DDR und die BRD und alle Beteiligten handelten. — (abe)

Wahlen 94: Was tun gegen alte und neue Nazis?

Mit dem folgenden auszugsweise dokumentierten Aufruf laden VVN/VdA und der Bund der Antifaschisten (ANTIFA) zu einem Ratschlag ein, auf dem über die Bildung einer antifaschistischen und antirassistischen Initiative anlässlich der Wahlen 1994 diskutiert werden soll: 30. 9. 93, 19 Uhr, Galerie Olga Benário, Weserstraße 5, Berlin-Neukölln.

„Das Jahr 1994 soll ein ‚Super-Wahljahr‘ werden. So verkünden es uns Medien und Parteien. Für neofaschistische Parteien wie die REP und die DVU kann der Einzug in weitere Landesparlamente, den Bundestag und erneut in das Europäische Parlament anstehen.

Deutschland erlebt seine schwerste Wirtschaftskrise seit der Währungsreform. Soziale Errungenschaften, die der Konkurrenz zur DDR als sozialistischer Alternative zur BRD zu verdanken waren, werden immer stärker abgeschafft. Die Ergebnisse eines Jahrhunderts gewerkschaftlicher und sozialer Kämpfe werden Makulatur.

Bonn unterstützt die rechten Rattenfänger

Rechte Rattenfänger suchen die Schuld hierfür bei AusländerInnen und Flüchtlingen. Sie werden dabei unterstützt von BundestagspolitikerInnen der Bonner Koalition, aber auch von erheblichen Teilen der SPD, die das alleinige Heil in einer Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und in einer Verschärfung der Aufenthaltsbestimmungen für AusländerInnen sehen. Aber viele Menschen haben erkannt: Es sind nicht die Einwanderer und Flüchtlinge, die Betriebe schließen, die Mieten unbelzahlbar machen und Krankheit zum Luxus werden lassen.

Toleranz und Kosmetik prägen die Politik gegen rechts

Während sich in Fulda Neonazis zu einer illegalen Demonstration zusammenrötten, sehen Polizei und Politik zu. Sie bemühen sich lediglich, Antifaschi-

stInnen gewaltsam von einer Gegenkundgebung abzuhalten. Diese Vorfälle sind nicht mehr einmalig. In Hoyerswerda und Lichtenhagen bewies die Polizei auffällige Zurückhaltung gegenüber dem rechten Mob. Ihr Gegner waren AntifaschistInnen, die den bedrohten Menschen dort zu Hilfe kommen wollten. Mit halbherzigen Verboten, die vorher über die Presse angekündigt werden, sind Nazi-Organisationen zwar aufgelöst worden, ihnen blieben jedoch alle Möglichkeiten, Gelder und Mitglieder in neue Vereine zu verschieben. So wird Kosmetik betrieben, die die Gefahren von rechts um nichts vermindert ...

Ein warmes Nest für Rechte und Faschisten

In diesem Klima können sich die rechten Rattenfänger wohlfühlen. Was unterscheidet ihre Forderungen noch von der offiziellen Politik? Nicht ohne Grund rechnen sie sich deshalb große Erfolge bei den anstehenden Wahlen aus.

Gemeinsam gegen rechte Parolen im Wahlkampf

In Berlin gibt es viele Gruppen und Initiativen, die sich im politischen, gewerkschaftlichen, sozialen oder kirchlichen Bereich gegen Rassismus und Faschismus, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen einsetzen. Viele davon arbeiten jedoch dort isoliert, wo es darauf ankommt, gemeinsam aktiv zu werden.

Die anstehenden Wahlen, die weitere Verschiebung der deutschen Politik nach rechts, sollten ein Ansatz sein, gemeinsame Aktivitäten zu planen, Aktionen von Einzelgruppen und Bündnissen bei Wahrung aller Eigenständigkeit zu koordinieren sowie Mittel und Wege zu finden, um zu informieren, um aufzuklären und um vielleicht zu erreichen, daß REP und anderen Rechtsparteien den Einzug in die Parlamente mißlingt.

Unsere Organisationen, denen Nazi-Verfolgte, deren Angehörige und Hinterbliebene sowie AntifaschistInnen aller Generationen angehören, fordern deshalb alle auf, die sich gegen Rassismus, Neonazismus und Sexismus, für ein menschenwürdiges Zusammenleben aller einsetzen und den rechten Rattenfängern und ihren Nachplapperern in Parteien und Parlamenten keine Chance geben wollen: Bilden wir eine antifaschistische Initiative, koordinieren wir Aktionen, schaffen wir Möglichkeiten gemeinsamer Aufklärung und Gegenwehr! — (har)

Ein Broschürenprojekt wird zur Diskussion gestellt:

Frankfurter oder Rote Armee Fraktion?

Dokumente zur Debatte über die Bestimmung revolutionärer Politik 1986-93

Vorwort

Wir dokumentieren in dieser Broschüre — mit einem Schwerpunkt internationaler Beiträge — verschiedene Texte, die wir für die gegenwärtige Debatte über eine Neubestimmung revolutionärer Politik, wie sie von der Roten Armee Fraktion (RAF) aufgeworfen wurde, für wichtig halten.

Als Ausgangspunkte der Debatte veröffentlichen wir die Erklärung der RAF vom April 1992, in der sie erklärte, ihre „gezielt tödlichen Aktionen“ auszusetzen. Außerdem veröffentlichen wir in diesem Block einen Brief von Lutz Tauter; jene öffentliche Stellungnahme aus der aktuellen Debatte, die bisher am deutlichsten machte, daß es zumindest einem Teil der Gefangenen (und wohl auch der RAF selbst (s. deren Weiterstadt-Erklärung) nicht um eine Neubestimmung revolutionärer Politik geht.

Im nächsten Abschnitt wiederveröffentlichen wir — als Kontrast zum heute leider häufig üblichen, bloßen Umdrehen der alten RAF-Fehler — eine Kritik an der früheren RAF-Politik, die schon 1986 auf dem Widerstandskongress vorgelegt wurde.

Im darauffolgenden Abschnitt bringen wir verschiedene Beiträge von Gefangenen, die sich kritisch mit der neuen Linie der RAF und des anderen Teils der Gefangenen auseinandersetzen.

Von den Beiträgen außerhalb der Knäste haben wir uns entschlossen, ausschließlich die drei uns bekannten Beiträge von Frauen/Lesben-Zusammenhängen zu dokumentieren. Wir machen dies, weil

— diese Texte (logischerweise) — anders als die meisten anderen — nicht unter einer Ausblendung feministischer Gesichtspunkte leiden;

— diese Texte die wesentlichen auch in gemischten und Männer-Texten angesprochenen Fragen in der gebotenen Kürze aufgreifen;

— insbesondere der Text der Frauen/Lesben aus Gießen die zentralen Kontroversen mit einer bisher einmaligen Klarheit herausarbeitet.

Schließlich dokumentieren wir verschiedene internationale Beiträge, die von der „interim“ bisher leider nicht veröffentlicht wurden: Zunächst die Kritik der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen von 1986 am Frontkonzept der RAF und einen Text des französischen militärischen Kommunisten, Oriach, in dem u.a. Freiraum-Konzepte und eine Politik des bewaffneten Reformismus kritisch diskutiert werden. Sodann bringen wir die aktuellen Kritiken der PCE(r) und der CCC-Gefangenen am neuen Kurs der RAF.

Am Ende der Broschüre folgen noch drei Themenblöcke, die sich nicht direkt auf die Politik der RAF beziehen, die wir aber dessen ungeachtet für eine Neubestimmung revolutionärer Politik für wichtig halten:

1. Eine Auseinandersetzung mit der Vernachlässigung antipatriarchaler Politik, die die kommunistische genauso wie die „antiimperialistische“ Linie in der westeuropäischen revolutionären Bewegung kennzeichnet.

2. Eine Kritik der Frankfurter Schule und deren Einflusses auf die Politik der RAF.

3. Drei Texte von Marx und Engels: Zwei Texte über die Gerechtigkeit — in Anbetracht des positiven Bezuges, den die RAF in ihren Weiterstadt-Erklärungen auf diesen „Wert“ nimmt; und einen Text über die revolutionäre Seite des Kapitalismus — in Anbetracht des kulturkritischen, antiimperialistischen Lamentos über die Zerstörung „des Sozialen“ durch die moderne Welt.

Viel Spaß beim Lesen!

wünscht die Gruppe

„Für eine internationale kommunistische Debatte“

I. Vorwort

II. Einleitung

III. die neue Linie

1. Erklärung der Roten Armee Fraktion vom April 1992

In ihrer Erklärung vom 10.4.1992 hat die RAF erklärt, ihre „angriffe auf führende repräsentanten aus wirtschaft und staat“ vorläufig einzustellen. Zur Begründung führt sie an, daß sie durch ihre bisherige Politik „nicht stärker, sondern schwächer geworden“ sei. Außerdem sieht sie — aufgrund bestimmter Erklärungen des BRD-Justizministers (sog. Kinkel-Initiative) — die Frage aufgeworfen, „ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen“, auszusteigen. Sollte der Staat eine solche „politische Lösung“, insbesondere für die politischen Gefangenen, nicht zulassen, dann sei „die phase des zurücknehmens der eskalation vorbei“.

2. Brief des Gefangen aus der RAF, Lutz Tauter vom Jan. 1993

Der Text plädiert dafür, das „armselige verhältnis „wir-sie“ zu überwinden. Es gehe darum, das „ghetto“ zu verlassen und in die „gesellschaft“ zurückzukehren. Eine politische Neubestimmung sei nur möglich über „viele kleine

von der dringend notwendigen Rekonstruktion revolutionärer Politik verabschiedet, der sucht Zuflucht in den reformismus.“ „dieser text ist sowas wie der logische und beinahe zwangsläufige Endpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; (...)“

2. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, Über das Schleifen von Messerrücken (Juli 1992)

Die Verfasser rekonstruieren die Entstehung der RAF aus der StudentInnenbewegung und erinnern an folgende Bestimmung aus dem „Konzept Stadtguerilla“ der RAF von 1971: „Wir sagen nicht (...), daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte.“ Ein Abgelenken von diesem Konzept sei in den 70er Jahren vom Abflauen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der staatlichen Repression erzwungen gewesen. Im Frontkonzept der RAF vom Mai 1982 sei diese Bewegung weg vom Ausgangspunkt schließlich „zum Programm erklärt“ worden. Solange diese damalige „mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft“ nicht selbstkritisch aufgearbeitet werde, könne die jetzt geforderte „Rückkehr in die Gesellschaft“ nur in einer Art und Weise erfolgen.

5. Brief von Rolf Heißler vom Jan. 1993

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, widerspricht der Einschätzung, „die „Kinkel-Initiative“ sei gescheitert oder tot, im Gegenteil, sie steht in vollster Blüte und erntet ihre ersten Erfolge“.

Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisierte:

„die raf in ihrem jetzigen Zustand der Desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden.“

V. Beiträge von Frauen/Lesben-Zusammenhängen

1. Sterin, Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln (Okt. 1992)

Die Verfasserin kritisiert, daß „in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistische Kritiken“ an der antiimperialistischen Bewegung in der BRD von dieser „bestenfalls ignoriert“ worden seien. Der von der RAF aufgegriffene Begriff der „Gegenmacht von unten“ sei sehr „undeutlich“; er müsse genauer definiert werden. Dafür sei auch eine „Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung“ notwendig. Das, was die RAF in ihrer Erklärung vom August 1992 (in dieser Broschüre als Platzgründen nicht dokumentiert; als Beilage zur September-Ausgabe der Zeitschrift *Konkret* veröffentlicht) zum Patriarchat schreibe sei, „besonders frustrierend, fast schon zynisch“.

2. Frauen/Lesben aus Gießen, Eine feministische Kritik (Feb. 1993)

Die antiimperialistische Bewegung und die RAF hätten bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber „auf internationalistischer Grundlage gegen Staat und Kapital“ gekämpft. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei „ausdruck der privilegierten weißen Männer (und sich daran orientierender weißen Frauen)\", die es ihnen ermöglichen, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Dies bedeutet einen Nachvollzug der „neuen(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats“ vom Ende der 80er Jahre („globale Menschheitsprobleme“ etc.).

3. Stellungnahme von deutschen Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum (Mai 1993)

Die Verfasserinnen dieses Papieres sehen zwar ebenso wie die Verfasserinnen der feministischen Kritik, „daß die raf gefahr läuft, reformistische Politik als „das neue“ zu verkaufen“. Sie kritisieren aber an verschiedenen Beispielen, daß die feministische Kritik „mit Unterstellungen, pauschalisierungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten arbeitet“. Außerdem habe die Kritik „ein unendifferenziertes „Frauen-als-Opfer“-Bild“.

VI. Internationale Diskussionsbeiträge aus den 80er Jahren

1. Das „Zwei Linien“-Papier der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen von 1986

Die spanischen Gefangenen diagnostizieren „unvereinbare Divergenzen“ zwischen der u.a. von ihnen vertretenen kommunistischen und der u.a. von der RAF vertretenen antiimperialistischen Linie in der europäischen revolutionären Bewegung. Letztgenannte Linie habe eine verschwörungstheoretische, auf den Staat fixierte Analyse, einen subjektivistischen Klassenbegriff und eine allein auf den militärischen Kampf reduzierte Strategie. Die Aufgabe der KommunistInnen sei es, ein revolutionäres politisches und militärisches Programm zu erarbeiten sowie „sich mit den fortschrittlichen Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen Konflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen“. Dazu müsse eine Kommunistische Partei geschaffen werden.

2. Frédéric Oriach, Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution

Der französische militante Kommunist Oriach wendet sich gegen die These, das Proletariat in der imperialistischen Metropole sei nicht mehr ausgebeutet und könne deshalb keine revolutionäre Kraft mehr sein sowie gegen die autonome Freiraum-Politik. Des Weiteren vertritt er die Position, daß unter heutigen Bedingungen die klassische leninsche Aufstands-Taktik überholt sei und durch die

Strategie des langanhaltenden Volkskrieges, die allerdings ebenfalls auf die Übernahme der Staatsmacht zielt, ersetzt werden müsse. Das Frankreich der 80er Jahre befindet sich in der „Vorphase der bewaffneten Propaganda“. Drei Schritte seien dringlich:

1. Analyse der aktuellen Realität und Erarbeitung einer daraus abgeleiteten revolutionären Strategie

2. „Politische Einigungsarbeit um die eben genannte politisch-theoretische Basis.“

3. „Eine militärische Praxis, welche darauf abzielt, der Organisation die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und ihrer weiteren politisch-militärischen Entwicklung in der Guerilla zu geben.“

VII. aktuelle internationale Diskussionsbeiträge

1. Stellungnahme des ZK der PCE(r) vom Juni 1992

Die Erklärung der RAF vom April 1992 bedeutet „in gewisser Weise“ eine Anerkennung der schon früher von der PCE(r) geführten Kritik an der antiimperialistischen Linie. Allerdings gehe die RAF von dort aus den falschen Weg, was sich an ihrer Einschätzung der Kinkel-Initiative und ihrer Konzeption von „Gegenmacht von unten“ zeigt. Schließlich erinnert die PCE(r) daran, daß die RAF ursprünglich meinte, mittels des bewaffneten Kampfes die Bedingungen für den Aufbau einer Kommunistischen Partei schaffen zu können. Später habe die RAF diesen Plan aufgrund verschiedener Umstände durch subjektivistische und spontaneistische Ideen er-setzt.

2. Stellungnahme der Gefangenen der belgischen CCC

In ähnlicher Weise unterscheiden auch die Gefangenen aus den kämpfenden Kommunistischen Cellen in Belgien zwischen verschiedenen Phasen in der Politik der RAF. Sie fordern die RAF auf, über die „wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre allgemeinen Vorhaben, ihre Analysen der objektiven Realität, ihr Verständnis der historischen Mechanismen, ihre strategischen und taktischen Auffassungen, ihre kurz- und langfristigen Ziele etc. darzulegen.“ Dies wäre die Voraussetzung dafür, daß die Selbstkritik der RAF keine „erneute Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels“ erstellen müßte.

3. Stellungnahme einer AD-Gefangenen

Die Gefangene aus der action directe, Joëlle Aubron, sieht in der Erklärung der RAF vom April 1992, insbesondere in dem positiven Bezug auf eine „politische Lösung“, die Gefahr, „das Kind mit dem Bad auszuschütten“. Allerdings sieht sie in einer Position, die die jetzige Entwicklung der RAF als Bestätigung der älteren kommunistischen Kritik an der antiimperialistischen Linie betrachtet, als „sterile Abrechnung“. Zur Begründung der RAF-Entscheidung mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schreibt sie: Dieser Zusammenbruch bedeute gerade das Scheitern des „revisionistischen Modells“ einer „idealen Fixierung auf eine Zukunft ohne Ende“. Demgegenüber bedeuten 25 Jahre westeuropäische Guerillapolitik die „radikale Infragestellung der linearen Prozesse der Akkumulation der Kräfte“ zu Gunsten des „dialektischen Momentes“ des aufbaus des revolutionären Pols“.

VIII. zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat

1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden

Das heutige Patriarchat sei ein funktionales Integral des Kapitalismus. Deshalb könne es keinen „antipatriarchalen Kampf per se“ geben. Vielmehr müsse mit der „Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden.“ Im Gegensatz dazu sei die „Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker (...) bestens reformistisch“, im schlechtesten Fall, wie der Kampf gegen die Pornographie, eine Stärkung der Konterrevolution.

2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen

Der Kapitalismus habe das Patriarchat hinter sich gelassen. In Bezug auf das imperialistische Zentrum lasse sich nur noch von Sexismus sprechen. Der Kampf gegen letzteren sei aber — anders als der „universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie“ — „nicht der wesentliche He-

EINLADUNG

Zur Vorbereitung für diese geplante Broschüre laden Herausgeber und GNN-Verlag für den 14. November zu einem *Arbeitstreffen* (Anreise: Sonnabendabend) ein. Dort sollen die Texte diskutiert und evtl. neue Texte besprochen und über die Weiterentwicklung der Broschüre beraten werden.

Das Treffen findet im Büro des GNN-Verlags in 10829 Berlin, Czerniakstraße 5 statt.

InteressentInnen bitten wir, um eine gute Vorbereitung zu gewährleisten, sich rechtzeitig anzumelden über:

Broschüren-Gruppe c/o Kopierladen M99
Manteuffelstraße 99
10997 Berlin
Fax 030/6115021, Tel. 030/6127491.

In der Erwartung auf den Beginn einer fruchtbaren Debatte hoffen wir auf Euer Interesse.

schrifte“. In diesem Sinne wird auch die Unterscheidung „revolutionär“ vs. „reformistisch“ zurückgewiesen. Andere Gefangene aus der RAF wird vorgeworfen, sie lebten in der „doktrinären Gewalt“, alles richtig gemacht zu haben“.

IV. Zur Vorgeschichte:

Die kommunistische Kritik am Frontkonzept, vorgelegt auf dem Widerstandskongress 1986

Der Text wirft der antiimperialistischen Bewegung eine „versimplifizierung von komplexen (...) zusammenhängen“ vor. Genannt werden bspw. die Thesen vom „imperialistischen gesamtstaat“, von der „angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat“, vom „zusammenwirken der Kämpfe weltweit“ und vom „fortschreitenden Verlust der Legitimität“ der imperialistischen Politik bei den Massen. Die Folge seien „subjektivismus und Wunschenken“: eine Politik, die meint, ihren „reinen Begriff“ in Militärstrategie finden zu können. Stattdessen wird an die Parole der Tupamaros „Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg“ erinnert.

IV. Stellungnahmen von Gefangenen aus RAF und Widerstand zur aktuellen Debatte

1. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, „... sag mal, wo leben wir denn?“ (Mai 1992)

Die drei Gefangenen aus dem Widerstand kommentieren die von der RAF in ihrer Erklärung vom April 1992 gegebene neue Staatseinschätzung so: „wer sowas denkt und schreibt, der hat sich

bei“ revolutionärer Politik. Es könne „aber keinen selbstbestimmten feministischen „Kampfspol“ geben.

3. Kritik von Pro Kommunismus an die beiden Texten

Die Texte der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen setzen zu Beginn ihrer Ausführungen voraus, was sie eigentlich erst noch beweisen wollen, und basierten auf einer unzureichenden Kenntnis oder Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ihrer Kritik – der feministischen Theorie. Letztere habe nachgewiesen, daß sich auch heutige Frauenunterdrückung nicht allein mit ihrer (vermeintlichen) Kapitalfunktionalität oder als Relikt aus vorkapitalistischer Zeit erklären lasse. Ob der Kampf gegen Frauenunterdrückung revolutionär oder reformistisch geführt werde, hänge nicht von dessen Verhältnis zum Klassenkampf, sondern davon ab, ob er die patriarchale Gesellschaftsstruktur angreife oder nur einzelne ihrer Auswirkungen. In diesem Sinne sei gerade die traditionell kommunistische Position die reformistische, die deshalb im Sinne der Feministinnen längst geleisteten materialistischen Patriarchats-Analyse und -Kritik überwunden werden müsse.

IX. Texte zur Frankfurter Schule und deren Einfluß auf die „antiimperialistische“ Theoriebildung

1. Einleitung

Die Herausgeber sehen die Politik der antiimperialistischen Bewegung in mehrfacher Hinsicht von der Kritischen Theorie beeinflußt und veröffentlichten deshalb verschiedene Kritiken an Positionen der Frankfurter Schule. Sie sehen den erwähnten Einfluß insbesondere in folgenden Punkten: in einer schematischen Gesellschaftsanalyse („Totalität“), in einer subjektivistischen Strategie („Sprung heraus aus dieser Totalität“) und in einer idealistischen (Geschichts)philosophie („für vernünftige Lösungen“).

2. Galvano della Volpe, „Kritik eines spätromantischen Paradoxes (Über die ‚Dialektik der Aufklärung‘ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)“ und „Marcuses Moralismus und Utopismus“

Der italienische Vertreter einer anti-hegelianischen Marx-Interpretation, Galvano della Volpe, kritisiert die einseitige Bewertung der Aufklärung durch Horkheimer/Adorno und deren damit im Zusammenhang stehende romantische Kritik der „Technik und der modernen gesellschaftlichen Organisation“ und deren aristokratisches Nicht-Erträgenkönnen der Massen. Demgegenüber schwankt Marcuse zwischen der gleichen Technikfeindlichkeit einerseits und der Vorstellung, daß „die bis zu den Grenzen des technisch Möglichen getriebene Automation“ unabhängig von der Entwicklung des Klassenkampfes „mit einer Gesellschaft unvereinbar ist, die auf der privaten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht.“ Die Kritische Theorie habe daher keine gesellschaftsverändernde Strategie.

3. Lucio Colletti, Von Hegel zu Marcuse Der della Volpe-Schüler, Colletti, zeigt die Wurzeln der Wissenschaftsfeindlichkeit von Marcuse im philosophischen Idealismus Hegels und der politischen Wurzeln Marcuses in der jung-hegelianischen Bewegung des deutschen Vormärz auf.

4. Rolf Nemitz, Ideologie als „notwendig falsches Bewußtsein“ bei Lukács und der Kritischen Theorie

Lukács könnte – wie schon von Lenin kritisiert – mit seinem von Hegel übernommenen Totalitätsbegriff keine „konkrete Analyse der konkreten Situation“ leisten. Alles sei für Lukács immer nur „Ausdruck“ eines einfachen Prinzips – des Warenverhältnisses. Aus dieser vermeintlich totalen „Verdinglichung“ finde Lukács dann seinen vermeintlichen Ausweg wiederum mittels der hegelianischen Philosophie, hier der Dialektik von Subjekt und Objekt. Das Proletariat solle nach Lukács durch bloße Selbsterkennung (seiner Lage) fähig sein, „eine gegenständliche, struktive Veränderung“ der Gesellschaft zu bewirken. Wenn auch diese „spekulativen Hoffnung (...) auf das Proletariat“ bei der Frankfurter Schule in Enttäuschung umgeschlagen sei, habe sie doch methodisch viel von Lukács übernommen.

5. Desch, Vom Protest zum Widerstand – aber wie?

Desch wendet sich unter besonderer Be- rücksichtigung von Stellungnahmen der

Frankfurter Schule zum Geschlechterverhältnis einmal mehr gegen den reaktionären Charakter der Kritischen Theorie. Des weiteren: Die Frankfurter Schule kritisieren kapitalistische Herrschaft als Manipulation und setze „Aufklärung“ als Mittel dagegen. Die RAF habe diese Strategie – unter Radikalisierung der eingesetzten Mittel („Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.“) – übernommen. Die Folge sei eine pädagogische Konzeption des Klassenkampfes und ein Avantgarde-Verständnis, nach dem die Avantgarde den Massen nicht „einen Schritt“ (Lenin), sondern eine Idee voraus sei.

X. Marx und Engels über die Gerechtigkeit und die revolutionäre Seite des Kapitalismus

1. Engels über die Parole „Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk“

Der Tausch Lohn gegen Arbeitskraft sei auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht ungerecht, sondern gerecht. Die Forderung nach einem „gerechten Lohn“ sei deshalb durch folgende Parole zu ersetzen: „Besitzer der Arbeitsmittel – der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen – soll das arbeitende Volk selbst sein.“

2. Karl Marx über die Forderung nach „gerechter Verteilung des Arbeitsertrags“

„Ich bin weitläufiger auf den ‚unverkürzten Arbeitsertrag‘ einerseits, ‚das gleiche Recht‘, die gerechte Verteilung andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram gewordenen, unsrer Partei wieder als Dogma aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung (...) wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.“

3. Auszug aus dem Kommunistischen Manifest

„Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst fortschrittliche Rolle gespielt. (...) Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerie, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürglerlichen Wehmutter in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. (...). Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweihlt, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Quellenverzeichnis

III. die neue Linie

1. Erklärung der Roten Armee Fraktion vom April 1992

Die Erklärung wurde u.a. in der Frankfurter Rundschau vom 15.4.1992, S. 17 und vom AK Drinnen & Draußen Celle (Hg.), „Der Sprung ist vielmehr ein langwiger und harter Prozeß“ (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, GNN Verlag, Köln, 1992, S. 80-81 veröffentlicht.

2. Brief des Gefangen aus der RAF, Lutz Tauber vom Jan. 1993

Der Brief wurde von der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen (c/o Weißes Haus, Hedderheimer Landstraße 155, D-60439 Frankfurt am Main – Heddernheim) veröffentlicht.

IV. Zur Vorgeschichte:

Die kommunistische Kritik am Frontkonzept, vorgelegt auf dem Widerstandskongress 1986

Der Text „Für den Kommunismus!“ wurde 1986 im Arbeiterkampf, Zeitung des Kommunistischen Bundes (Hamburger Satz- und Verlagskoperative) AK 270, 5.5.1986, S. 38-39 und jüngst erneut in der Broschüre der Kommunistischen Brigaden, Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas. 1. Ausgabe, Amsterdam/Niederlande, 1991, S. 41-45 veröffentlicht.

IV. Stellungnahmen von Gefangenen aus RAF und Widerstand zur aktuellen Debatte

1. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, „... sag mal, wo leben wir denn?“ (Mai 1992)

aus: AK 343, 3.6.1992, S. 11 und 13.

2. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, Über das Schleifen von Messerrücken (Juli 1992)

aus: interim, Wöchentliches Berlin-Info (Berlin), Nr. 210, 8.10.1992, S. 20-25.

3. KONKRET-Leserbrief und Prozeßerklärung von Christian Klar

a) Leserbrief aus: Konkret, Politik & Kultur (Gremliza Verlag: Hamburg), ... 1993, S. ...

b) „Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt“, aus: Angehörigen-Info (GNN-Verlag: Hamburg), Nr. 101, 10.9.1992, S. 1 und 2.

4. Brief von Heidi Schulz vom Jan. 1993

Der Brief wurde von der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen (c/o Weißes Haus, Hedderheimer Landstraße 155, D-60439 Frankfurt am Main – Heddernheim) veröffentlicht.

5. Brief von Rolf Heißler vom Jan. 1993

Der Brief wurde von der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen (c/o Weißes Haus, Hedderheimer Landstraße 155, D-60439 Frankfurt am Main – Heddernheim) veröffentlicht.

6. Brief von Heidi Schulz vom Jan. 1993

Der Brief wurde von der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen (c/o Weißes Haus, Hedderheimer Landstraße 155, D-60439 Frankfurt am Main – Heddernheim) veröffentlicht.

V. Beiträge von Frauen/Lesben-Zusammenhängen

1. Sterin, Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln (Okt. 1992)

aus: interim, Nr. 210, 8.10.1992, S. 17-19.

2. Frauen/Lesben aus Gießen, Eine feministische Kritik (Feb. 1993)

aus: interim, Nr. 229, 25.2.1993, S. 23-27.

3. Stellungnahme von deutschen Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum

aus: interim, Nr. 239, 6.5.1993, 30-33.

VI. internationale Diskussionsbeiträge aus den 80er Jahren

1. Das „zwei Linien“-Papier der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen von 1986

aus: Knispelkraut (Amsterdam, Niederlande), Nr. 9, 1986, S. 440-454.

2. Frédéric Oriach, Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution

aus: o. Hg., Texte 1984-85, International Institute DOCOM, Greningen/Nederland, o. J., S. 1-9.

VII. aktuelle internationale Diskussionsbeiträge

1. Stellungnahme des ZK der PCE(r) vom Juni 1992

Der Text wurde von der interim (s. Nr. 205, 27.8.1993, S. 2) in ihren in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Texten aufgenommen. Eine etwas andere Übersetzung des Textes erschien in der Agitare Bene, Monatliche Zeitung aus Köln, Nr. 60, Nov. 1992, S. 32-35.

2. Stellungnahme der Gefangenen der belgischen CCC

Der Text wurde von der interim (s. Nr. 233, 25.3.1993, S. 2) in ihren in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Texten aufgenommen.

3. Stellungnahme einer AD-Gefangen

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (BRD)



ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH
5000 Köln 1 Postfach 260226 Zupicher Str. 7

130 Seiten A4, 6. Auflage, Preis 10 DM. Bestellungen bei GNN-Verlag, Köln.

4. Rolf Nemitz, Ideologie als „notwendig falsches Bewußtsein“ bei Lukács und der Kritischen Theorie

aus: Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie (Argument-Sonderband AS 40), Argument-Verlag: Westberlin, 1979, 1986, 39-60.

5. Desch, Vom Protest zum Widerstand – aber wie?

Der Text ist das XI. Kapitel einer umfangreichen, unveröffentlichten Stellungnahme des Verfassers insbesondere zur Bedeutung des Humanismus für revolutionäre Politik. Dieser Text antwortet auf eine in der SWING (Frankfurt am Main) im März 1992 veröffentlichte Kritik („Ein moralischer Appell oder die hohe Kunst am fliegenden Trapeze“) von Ali Jansen / Michi Dietiker / Bernhard Rosenkötter an einem Artikel des Verfassers in der PROWO, Nr. 20, Dez. 1991, S. 6 („Sozialistischer Humanismus“, autonomer Humanismus oder gar kein Humanismus?). Der kurze Abschnitt XI.1. des Textes von Desch („Antiimperialistischer Widerstand mit Max Horkheimer?“) bezieht sich direkt auf den (den LeserInnen dieser Broschüre nicht unbedingt bekannten) Artikel in der SWING. Wir lassen ihn hier weg. Aus Platzgründen weggelassen ist der (ein knappes Fünftel des Kapitels XI. ausmachende) Abschnitt XI.3 („Antiimperialistischer Widerstand mit der Althusser-Schule?“), in dem der Verfasser den französischen kommunistischen Philosophen Louis Althusser (s. bspw. dessen Werke Für Marx, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main sowie Ideologie und Ideologische Staatsapparate, VSA: Hamburg/Westberlin, 1977) statt der Frankfurter Schule als revolutionären theoretischen Bezugspunkt empfiehlt.

X. Marx und Engels über die Gerechtigkeit und die revolutionäre Seite des Kapitalismus

1. Engels über die Parole „Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk“

Friedrich Engels, Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk (1881) und die ersten beiden Absätze von Das Lohnsystem (1881) aus: Karl Marx / Friedrich Engels, Werke hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Band 19, Dietz-Verlag: Berlin/DDR, 1982, S. 247-251.

2. Karl Marx über die Forderung nach „gerechter Verteilung des Arbeitsertrags“

Abschnitt 3. aus Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875), aus: ebd., S. II-32 (hier: 18-22).

3. Auszug aus dem Kommunistischen Manifest

Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, aus: ebd., Band 4 (1983), S. 459-493 (hier S. 464-467).

Text auf der rückwärtigen Umschlagsseite aus Ingrid Strobls Prozeßerklärung aus: Clockwork 129a

Termine

2. 10. „Menschenrechte für Ostdeutschland“ – Kongreß in Berlin. Organisiert wird der Kongreß u.a. von: Bundesverband der Komitees für Gerechtigkeit, Demokratischer Frauenbund, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., IVVDN e.V.

8./9. 10. A.o. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn über die Haltung der Partei zu Bundeswehreinsätzen im Ausland, inkl. „humanitäre Einsätze“

16. 10. „Solidarität mit Cuba, Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“. Demonstration in Bonn.

16./17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

23. 10. „Argumente gegen Rechts“: Erfahrungsaustausch von Bundesvorstand PDS, Bundestagsgruppe PDS/ Linke Liste und PDS/LL-Landtagsfraktionen in Berlin, Karl-Liebknecht-Haus.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

5. 12. Kommunalwahl in Brandenburg



175. Sitzung

Bonn, den 15. November 1985

Ich rufe Zusatzpunkt 6 der Tagesordnung auf:
Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes
in der Terrorismusausschauführung

Hierzu liegen Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion der SPD auf den Drucksachen 10/4257 und 10/4262 vor.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat ist eine Aussprache von 80 Minuten vereinbart worden. Ist das Haus damit einverstanden? — Es ist so beschlossen.

Zur Abgabe der Regierungserklärung hat Herr Bundesminister Schäuble das Wort.

Dr. Schäuble, Bundesminister für besondere Aufgaben: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus einem beim Landgericht Bonn unabhängigen Strafverfahren wurde vor einer Woche bekannt, daß vor einigen Jahren deutsche Wirtschaftsunternehmen Aktionen des Bundesnach-

richtendienstes auf dem Gebiet der Terrorismusausschauführung finanziell unterstützt haben.

(Kuhbacher [SPD]: Welche?)

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden dieses ihr bis dahin unbekannten Vorganges begonnen, die Sachlage mit allem Nachdruck aufzuklären. Sie hat ihre Erkenntnisse den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages, d. h. der Parlamentarischen Kontrollkommission, in zwei Sitzungen am Montag und Mittwoch dieser Woche sowie dem für die Nachrichtendienste zuständigen Haushaltsgremium am Dienstag mitgeteilt.

Die Vorgänge reichen sieben Jahre zurück. Sie spielen sich in der Regierungszeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt ab.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Richtig!)



Toller Brueckner

1985 wurde bekannt, daß der Bundesnachrichtendienst über mehrere Jahre hinweg Spenden von bунdesdeutschen Industrieunternehmen für „Terroristenverfolgungs“-Aktivitäten entgegengenommen hatte. Außenminister Kinkel war 1979 bis 1982 BND-Chef. Bild: Clip, Bürgerrechte & Polizei, 1985.

Der Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom legt jetzt eine Dokumentation über den Bundesnachrichtendienst (BND) vor, die in vielfältiger Form diese Aussage des obersten Gerichts der Bundesrepublik in neuem Licht erscheinen läßt.

Schmidt-Eenboom behandelt umfassend, aktuell und detailliert die nachrichtendienstliche Tätigkeit einer Behörde der BRD, die mit ihren 7000 Mitarbeitern größer ist als das Auswärtige Amt der Bundesrepublik und mit einem geschätzten Jahresetat von 800-900 Millionen DM (wovon nur ca. ein Viertel offiziell als Etat des BND ausgewiesen ist) nicht zuletzt auch eine starke Belastung für den deutschen Steuerzahler darstellt.

Die Dokumentation reicht von den Inlandaktivitäten, über die Ostspionage mit dem Schwerpunkt DDR und Sowjetunion, die elektronische Spionage bis zu vielfältigen ungesetzlichen Auslandsaktionen des BND.

Im Lichte der Strafverfahren gegen ehemalige Mitarbeiter der HVA sind die Aussagen zur Spionagetätigkeit des BND gegen die DDR auch von öffentlichem Interesse und ein Kommentar zur oben zitierten Hal tung des BGH.

Der Autor beschreibt seine Position zu diesen historischen Zusammenhängen:

„Die folgenden Analysen können insbesondere bei den gegenüber der DDR entfalteten Aktivitäten des BND nicht über das Wechselverhältnis der beiden deutschen Auslandsgeheimdienste hinwegsehen. Es ist jedoch in keiner Weise ein Aufrechnungsbuch, dem man nun entnehmen soll, daß nach dreijähriger Debatte über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR analoge Strukturen auch in Westdeutschland bestanden. Weder können völkerrechtswidrige Aktionen des DDR-Geheimdienstes durch den Verweis auf notwendige Waffengleichheit legitimiert werden, noch kann ein überstaatlicher Notstand, bedingt durch die Auseinandersetzung der Systeme, für den westdeutschen Auslandsnachrichtendienst geltend gemacht werden.“ (S. 39)

Neben der UdSSR hatte im Beschaffungsauftrag des BND nur

die DDR fast durchgehend die Priorität 1 (Laut offizieller Definition: „Höchstes Interesse. Absolut vorrangiger Ansatz von Kapazität und Mitteln.“).

Diese Priorität widerspiegelt sich nicht zuletzt in der Struktur der Abteilung 1 „Operative Aufklärung“. Allein drei Referate der Unterabteilung 12 „Sowjetblock“ waren für die Arbeit mit Agenten gegen die DDR zuständig, davon zwei Referate für Militärsionage. Sie unterhielten mehrere Außenstellen, u.a. in Bremen und München.

Der Autor widmet sich intensiv der Agenturarbeit des BND. Er beschreibt mehrere „Pannen“ in den Führungsetagen des BND bei Entscheidungen über praktische Maßnahmen zum Schutz potentieller Agenten.

Bedrückender sind jedoch die Aussagen, unterlegt mit Zitaten aus „Sicherheitsbelehrungen“ des BND, über die tagtäglichen Nachlässigkeiten, den Dilettantismus und das Unvermögen der Mitarbeiter des Dienstes, auf erkennbare Abwehrmöglichkeiten der DDR-Spionageabwehr flexibel zu reagieren. Damit lieferten Leitung und Verbindungsführer des BND bewußt hunderte von ihnen rekrutierter Agenten, Bürger der BRD und der DDR, der Gefahr der Inhaftierung aus — und es ist bekannt, daß Spionage in der DDR sehr hoch bestraft wurde.

Das In-Kauf-Nehmen des Verlustes von Quellen war offensichtlich Bestandteil der Arbeitsweise des BND.

Welchen Wert hatte für den BND z.B. die persönliche Freiheit von BRD-Bürgern, die als Transagenten, ob in der Eisenbahn, mit LKW oder als Binnenschiffer durch die Ostblockstaaten reisten, wenn wir dagegen den „Wert“ einer Spionagemailing setzen, die z.B. besagte, daß im Objekt XYZ ein neuer Garagenkomplex gebaut wird? Das alles in einer Zeit, da technische Aufklärungssysteme schon alle wesentlichen Details der Gefechtsgliederung feindlicher Streitkräfte liefern konnten und nach den Stockholmer Vereinbarungen hochqualifizierte Geheimdienstoffiziere als Manöverbeobachter oder Vor-Ort-Inspektoren alle wesentlichen Details in den militärischen Objek-

ten der DDR persönlich beurteilen konnten?

Das Buch enthält eine ausführliche Darstellung der sogenannten rezeptiven (in Unterscheidung zur operativen) Informationsbeschaffung des BND. Das betrifft das Grenzmeldeamt (Referat 14 A), die Post- und Fernmeldekontrolle (Referat 14 B) und das Befragungswesen (Referat 14 C).

Ausführlich wird die flächendeckende Post- und Telefonkon-

Schmidt-Eenboom nennt eine Zahl von jährlich 2,1 Millionen Postsendungen, die vom BND heimlich gelesen wurden.

Für den BND besonders bedeutsame Regionen der DDR (der Autor verweist z.B. auf das Gebiet um Strausberg, Standort des Ministeriums für Nationale Verteidigung) unterlagen außerdem einer flächendeckenden Telefonüberwachung, in deren Ergebnis potentielle Agenten rekrutiert werden sollten, die aber

des BND zur elektronischen Spionage aus. Nach internen Analysen des BND wurden rund 85 % des Informationsaufkommens über diesen Weg erlangt.

Das Buch ist in vieler Hinsicht ein Beitrag zur kritischen Werung der „operativen Außenpolitik“ der BRD.

Nicht zu Unrecht widmet der Autor ein ganzes Kapitel der Jahrzehntelang tätigen Geheimarmee der NATO — den „Stay-behind-Gruppen“, die unter der Deckbezeichnung GLADIO bekannt wurden. „Stay behind“ ist der NATO-Begriff für „Überroll-Gruppen“. Sie werden in einem BND-internen Katalog definiert als „Gesamtheit aller ND-Verbindungen, die den Auftrag haben, bei Feindbesetzung im Land zurückzubleiben und geheime Nachrichten zu beschaffen, geheimdienstliche Aktionen durchzuführen und die nachrichtendienstliche Arbeit insbesondere durch Schleusungen zu unterstützen“ (damit kein Irrtum entsteht: ND-Verbindungen sind hier nachrichtendienstliche Verbindungen — d.A.). Übrigens beschreibt der gleiche Katalog als „geheimdienstliche Aktionen“: Sabotage, Desinformation und Zersetzung.

Für die Bewertung historischer Zusammenhänge ist es interessant zu lesen, daß das Gesamtsystem der Überrollgruppen des BND durch ein Referat geführt wurde, das für die militärische Spionage gegen die DDR zuständig war (Referat 12 C, Sachgebiet 12 CC). Berechtigt wirkt der Autor die Frage auf, ob es sich hier wirklich nur um das Überrollen handeln sollte oder ob nicht doch das Eindringen tief hinter die feindlichen Linien Hauptzweck dieser Geheimorganisation GLADIO war. In diesem Zusammenhang stimmt doch sehr nachdenklich, daß der Autor über einen Fund von 33 Erddepots in der Lüneburger Heide im Jahre 1981 berichtet, in denen unter anderem neben chemischen Kampfmitteln auch 156 kg Sprengstoff, automatische Waffen, 14.000 Schuß Munition u.v.a. gelagert wurden.

Vielfältig führt der Autor den Nachweis, daß der BND jahrelang und immer wieder in kritische Auslandsoperationen verwickelt war und ist.

Das betrifft z.B. den illegalen Waffenhandel oder im Rahmen der Beziehungen zu über 100 Partnerdiensten die sogenannte Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für Geheimdienste und Polizei von Staaten, die durch internationale Organisationen als menschenfeindliche Regimes eingeordnet werden.

Selbst gegenüber Verbündeten war die Lieferung von technischer Ausrüstung, z.B. moderner Chiffriertechnik, nicht selbstlos, gewann doch der BND von mehr als einem Dutzend Ländern Informationen durch Erfassung und Decodierung der diplomatischen Funkverkehre (dienstintern als Gelstrich-Informationen bezeichnet und besonders vertraulich behandelt), darunter von Italien und Japan.

Das Schlusskapitel widmet Schmidt-Eenboom der Diskussion zur Notwendigkeit bzw. Fragwürdigkeit von geheimen Diensten in einer modernen Gesellschaft und im Hinblick auf den Wegfall des Ost-West-Konfliktes, wobei Forderungen nach Transparenz, konsequenter Reform des Systems der Geheimdienste und nach wirkungsvollen Kontrollmechanismen politische Tagesforderungen sein müssen.

Zugespielt auf den realen Wert von Geheimdiensten gibt der Autor an anderer Stelle (S. 294) folgende Einschätzung: „Der Sieg des MFS über den BND war jedoch nicht verbunden mit dem Sieg der DDR über die Bundesrepublik, Sieger und Besiegte vertauschen ihre Rollen, wenn es um den Staat geht, dem sie dienen. Das immerhin macht deutlich, daß selbst ein perfekt ausgestatteter Apparat mit intelligent rekrutierten Mitarbeitern kein Garant für den Erfolg der Außenpolitik oder gar die Selbstbehauptung eines Staates ist.“

Diesen Gedanken allen Befürwortern der Notwendigkeit von Geheimdiensten in das Stammbuch!

Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase. Der BND — die unheimliche Macht im Staate. ECON Verlag Düsseldorf-Wien-New York-Moskau. ISBN 3-430-18004-x

Der BND — die unheimliche Macht im Staate

Vorgestellt von Klaus Eichner

trolle des BND behandelt. Allein in diese Aktivitäten waren mehr als 300 Mitarbeiter, die in zwölf Außenstellen, verteilt über die ganze Bundesrepublik, arbeiteten, einbezogen. Als Begründung für diese Verletzungen des Artikels 10 des Grundgesetzes diente jahrzehntelang die Behauptung, damit Indikatoren für einen möglichen bewaffneten Überfall auf die BRD zu gewinnen. In dieser Richtung gab es logischerweise nie einen Hinweis, aber die persönlichen Beziehungen hunderttausender Bundesbürger zu Bewohnern der DDR wurden ausgeforscht und in den Speichern des BND registriert bzw. bei Verdacht „zu enger Beziehungen zur DDR“ an den Verfassungsschutz weitergeleitet.

vor allem umfangreiche Informationen über die Intimsphäre der heimlich kontrollierten Menschen erbracht.

Erst am 5. Februar 1990 gab der Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung die Einstellung der „G-10-Maßnahmen“ gegen Privatpersonen mit DDR-Kontakten bekannt.

Wie diese jahrelangen Massenkontrollen selbst durch das Notstandsgesetz, das sich auf Artikel 10 des Grundgesetzes bezieht (das sogenannte G-10-Gesetz) rechtsstaatlich begründet wurden, kann wohl niemand von den Verantwortlichen in Regierung und Geheimdienst real erklären.

Intensive Spionageaktivitäten gegen die DDR gingen außerdem von dem umfangreichen Apparat

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides

(über: GNN, Postfach 12 0722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwannhauer Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Staschelt (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czeminskstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 64 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik

und Wirtschaft: Rüdiger Lotzen; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschelt; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront; AGM des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront; AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 50674 Köln, Zülpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

Tel. 040/2 20 42 78, Fax: 040/2 29 74 19

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czeminskstr. 5, 10289 Berlin

Tel. 030/7 81 52 22

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover

Tel. 0511/3 52 08 16

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50764 Köln

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73